Nur der Sozialismus kann die Frau befreien

1 H 3752 CX

Seite 9

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 9. Juni 1978 — 12. Jahrgang — 50 Pfennig

Bundesgrenzschutz:

Millionen Urlauber BESPITZELT

Sommer. Urlaubszeit. An den Grenzen stauen sich die Autos, die Flugplätze sind überfüllt. Die „Grenzschützer" verlangen nach den Papieren. Doch sie prüfen nicht nur den Ausweis. Liegt da auf dem Rücksitz eine „linke" Zeitung? Ist der Reisende Mitglied einer Bürgerinitiative oder einer „linksextremistischen" Organisation? Die Augen des „Grenzschützers" sind überall, seine Finger beim Durchwühlen des Reisegepäcks flink. Alles, was er sieht, hört und findet, wird weitergemeldet — an den Verfassungsschutz!

Seit 1951, so enthüllte Maihofer, wird an den Grenzen für den Verfassungsschutz spioniert. 1976 mit der sogenannten „Sonderanweisung" (SO-GK) seien nur bestimmte frühere Anweisungen für den Bundesgrenzschutz zusammengefaßt worden. Dieses Dokument wirft allerdings ein bezeichnendes Licht auf die Arbeit der Grenzpolizei.

— Findet der BGS Pässe oder Ausweispapiere, so wird die „Fundsache" nicht dem Besitzer, sondern dem Bundesnachrichtendienst übergeben!

— Der BGS hält die Personaldaten aller Westdeutschen fest, die in die DDR reisen oder zurückkommen, um sie dem Bundesnachrichtendienst weiterzugeben.

— Der BGS gibt die Personaldaten aller Reisenden an den Verfassungsschutz weiter, „die wegen möglicher verfassungs- oder sicherheitsgefährdender Aktivität oder wegen ihres Reisezwecks bedeutsam erscheinen".

— Der BGS ist beauftragt, alle Reisenden aus der DDR, zum Beispiel die Rentner, „nach Beobachtungen aus dem militärischen Bereich, nach Versorgungsengpässen oder über die politische Stimmungslage im engen Bekanntenkreis" auszuhorchen und auszufragen.

Presseleute, die dieses 104-Seiten-Dokument gesehen haben, betonen: „In der detaillierten Anweisung sind nur einige Teile der Fahndung nach gesuchten Rechtsbrechern gewidmet; weite Passagen hingegen beauftragen die Grenzpolizisten des BGS, als aktives Hilfsorgan für die bundesdeutschen Geheimdienste tätig zu werden."

Diese Schnüffelpraxis zeigt deutlich, daß die BGS-Polizeitruppe keineswegs zur Sicherung und Überwachung der Grenzen eingesetzt wird, sondern zur Kontrolle und Unterdrückung des Volkes. Der Einsatz von BGS-Truppen gegen Demonstrationen, ihre Bürgerkriegsmanöver, ihre Killerkommandos vom Schlage der GSG 9 demonstrieren, daß es ihre eigentliche Aufgabe ist, die „Grenze" der Bourgeoisie gegen das Proletariat zu „schützen"! (Siehe auch Seite 7.)

Schwere Schlappe für IGM-Bonzen bei Hoesch-Union

RGO-Liste mit 5 Kandidaten steht!

Es ist geschafft! Trotz vom IGM-Apparat durch Erpressung erzwungener Doppelunterschriften verfügte die RGO-Liste am Ende über 106 gültige Unterschriften und mußte anerkannt werden. Damit steht bei der Neuwahl auf Hoesch-Union am 20. Juni erneut eine Betriebsratsliste der RGO zur Wahl, jetzt allerdings nicht mehr mit zwei, sondern mit fünf Kandidaten. Ein großartiger Erfolg für die Belegschaft des Hüttenwerks. Für die Bonzen der IG Metall jedoch eine schwere Schlappe und eine böse Blamage.

Im April, bei der ersten Wahl, stimmten 34 Prozent bzw. 1.146 Kollegen für die RGO-Liste. Ein Schock für die IGM-Bonzen. Der Chef der Dortmunder IGM, Dieterich, drängte die reaktionäre Mehrheit des neugewählten Betriebsrats zum Rücktrittsbeschluß, womit der Wählerwille vom Tisch gefegt war und die ganze Wahl samt Aufstellung der Listen von neuem beginnen mußte.

Im Blätterwald der bürgerlichen Presse rauschte es: „Wie ist dieser sensationelle Erfolg der RGO möglich?!" Dieterich in typisch arroganter Bonzenart: Die Union-Kollegen hätten ja gar nicht gewußt, was sie da angerichtet hätten; bei der Neuwahl gebe es nur noch die Liste der IGM. Jetzt haben die Kollegen ihm die Quittung gegeben.

Es half den Bonzen auch nichts, daß sie eine beispiellose Einschüchterungs- und Erpressungskampagne starteten, daß sie jeden Kollegen schwer unter Druck setzten, von dem sie wußten, er hat bei der RGO unterschrieben. An der Front der klassenbewußten Stahlarbeiter bissen die Bonzen sich die Zähne aus. Niemand zweifelt jetzt daran, daß die RGO erneut in den Betriebsrat einziehen wird.

Wahlen in Hamburg und Niedersachsen

Schwere Verluste für die FDP

Sonntag abend: Die Gesichter der Herren Genscher und Co. werden immer länger. Dann wird es zur Gewißheit: In beiden Bundesländern ist die FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde gerutscht und damit nicht mehr in den Parlamenten vertreten. Leichte Verluste in Niedersachsen auch für SPD und CDU, in Hamburg größere Verluste bei der CDU. Und in beiden Ländern ist die Wahlbeteiligung um vier Prozent zurückgegangen.

Verluste in beiden Ländern mußte auch die DKP hinnehmen. In Hamburg sank ihr Anteil von 2,2 auf ein Prozent der Stimmen. Auf der anderen Seite konnten die sogenannten „Grünen" (Niedersachsen: 3,9 Prozent, Hamburg: ein Prozent) und „Bunten" (Hamburg: 3,5 Prozent) Listen relative Erfolge verbuchen. Zweifellos ebenso wie die niedrige Wahlbeteiligung ein Zeichen breiter Unzufriedenheit mit der reaktionären Bonner Politik. Ein Blick auf Programm und Kandidaten dieser Listen jedoch macht deutlich, daß sie keine wirkliche Alternative zu den Bonner Parteien einschließlich der DKP sind. Ihr Bestreben ist es vielmehr, den breiten Protest in Bahnen zu lenken, die für die Bourgeoisie ungefährlich sind.

Deshalb hatte die KPD/ML in Niedersachsen zum Wahlboykott aufgerufen. In Hamburg, wo die Partei eigene Kandidaten aufgestellt hatte, konnte sie 911 Stimmen (= 0,1 Prozent) gewinnen. (Bericht und Kommentar auf Seite 8.)

Wußten Sie schon..?

...daß auch im Jahre 1977 fast die Hälfte aller weiblichen Lehrlinge in nur drei Berufen ausgebildet wurde? 80.000 lernten Verkäuferin; 53.000 Friseuse; 51.000 Bürogehilfin. Hauptmerkmal dieser „typisch weiblichen Berufe": absolute Unterbezahlung und kaum Chancen, nach der Lehre einen Arbeitsplatz zu bekommen.

...daß 94 Prozent der Arbeiterinnen in der Bundesrepublik und Westberlin ungelernte oder angelernte Arbeitskräfte sind?

...daß 1974 1,2 Mio. der insgesamt 1,9 Mio. Sozialhilfeempfänger Frauen waren?

Das sind nur drei Merkmale der „Gleichberechtigung der Frau" in der kapitalistischen Bundesrepublik. Wie die Lage der Frau im sozialistischen Albanien ist, können Sie auf der Seite 9 dieser Ausgabe lesen.

NATO-Konferenzen

Bundeswehr nach Afrika?



Belgische NATO-Truppen in Afrika

Das kann schon morgen geschehen: Bundeswehrsoldaten bekommen ihren Einsatzbefehl. Aber nicht ins Manöver geht es dieses Mal, sondern in den Krieg. Bestimmungsort ist Afrika, vielleicht der Kongo, vielleicht Tschad oder Mauretanien. Westdeutsche Soldaten sterben in Ländern, die Tausende von Kilometern von ihrer Heimat entfernt liegen, in einem Krieg gegen fremde Völker, einem Krieg auf Geheiß und für die Profite der westlichen Imperialisten.

– Hirngespinste, maßlose Übertreibungen? Nein, in dieser Woche treffen Regierungsvertreter aus fünf NATO-Staaten zusammen, um genau einen solchen Fall zu beraten. Im Anschluß an die NATO-Tagung, die letzte Woche in den USA über die Bühne ging, werden diese Herren aus Washington, Bonn, London, Paris und Brüssel nämlich über die Bildung einer gemeinsamen Einsatztruppe für Afrika beraten. Das Vorbild dafür sind die Einheiten der französischen Fremdenlegion, die heute schon in drei afrikanischen Ländern einen blu-tigen Krieg gegen die Völker führen.

Afrika ist ein Erdteil, der über große Reichtümer verfügt. Das weckt die Gier aller imperialistischen Räuber, sowohl der westlichen wie der östlichen. Die Kreml-Herren haben Tausende von kubanischen und ostdeutschen Söldnern nach Afrika geschickt, um mit ihrer Hilfe den Kontinent unter ihre Kontrolle zu bringen. Jetzt planen die westlichen Imperialisten, noch mehr Truppen nach Afrika zu entsenden. Und die Bonner Herren sind mit dabei. Aber wir wollen nicht für ihre Profite verbluten! Den Kriegsplänen der NATO muß entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden!

(Berichte auf Seite 10)

Jugoslawien — Bundesrepublik

Menschenhandel

Mindestens vier angebliche Terroristen sind auf Betreiben Bonns in Jugoslawien verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden. Bezeichnend für den ganzen Vorgang ist, daß wieder einmal eine totale Nachrichtensperre verhängt wurde. So ist die Tatsache der Verhaftung selbst von Bonn wochenlang verschwiegen worden und nur durch einen anonymen Hinweis an eine Frankfurter Zeitung ans Tageslicht gekommen. Und über die genaue Zahl der Verhafteten besteht bis heute noch keine Gewißheit. Eine unbestreitbare Tatsache ist, daß Angehörige der Bonner Staatsorgane, wahrscheinlich des BKA, auf jugoslawischem Boden operieren.

Diese Terror-Kommandos haben offenbar inzwischen ihre Stützpunkte in mehreren Ländern errichtet, sie gehen in Frankreich und Holland, ja selbst im Nahen Osten auf Menschenjagd. Und ihre Tätigkeit vollzieht sich im völligen Dunkel der Nachrichtensperre, sie können verhaften, schießen, ohne daß etwas davon an die Öffentlichkeit dringt, es sei denn durch einen Zufall oder einen anonymen Tip wie jetzt im Fall Jugoslawien. Die Herren in Bonn wie auch in Belgrad haben sich verärgert gezeigt darüber, daß die Sache ans Licht kam. Sie hatten in aller Stille einen Menschenhandel geplant, wonach die angeblichen Terroristen gegen in der Bundesrepublik lebende Jugoslawen ausgetauscht werden sollen. Diese Leute, die das Tito-Regime von reaktionären Positionen aus bekämpfen, hatten nach den Gesetzen des Bonner Staates politisches Asyl in der Bundesrepublik gefunden. Obwohl jetzt der geplante Menschenhandel publik geworden ist, hält Bonn weiter daran fest. Die ersten Verhaftungen unter den betreffenden Jugoslawen wurden schon vorgenommen. Auch hier zeigt sich wieder, daß der Bonner Staat sich einen Dreck um seine eigenen Gesetze schert.

SA-Mann Filbinger

Neue Tatsachen über den ehemaligen Nazi-Blutrichter und heutigen Ministerpräsidenten Filbinger kamen in der letzten Woche ans Tageslicht. Dieser Herr, der sich nach wie vor mit beispielloser Unverfrorenheit als Antifaschist aufspielt, war in den Jahren nach 1933 aktiver SA-Mann an der Freiburger Universität. Ein ehemaliger Studienkollege, der das jetzt enthüllte, gab an, selbst von Filbinger zum Eintritt in diese Nazi-Mordbande aufgefordert worden zu sein, um seine „politische Zuverlässigkeit zu beweisen".

Unterdessen hat sich der baden-württembergische CDU-Vorstand bedingungslos vor den ehemaligen SA-Mann und Nazi-Richter gestellt. Ebenso dreist wie Filbinger selbst, wollen diese Leute jede Kritik an ihm verbieten. Männer wie Filbinger — so heißt es in der Erklärung — hätten an „vorderster Front die freiheitliche Demokratie", d. h. den Bonner Staat, aufgebaut. Ja, Männer wie die verurteilten Kriegsverbrecher Krupp und Abs, wie der Rassist Globke und der KZ-Baumeister Lübke, wie der SS-Mann Schleyer usw. usf. Mit ihrer Ehrenerklärung für Hitlers Blutrichter haben die CDU-Herren wahrhaftig ein bezeichnendes Licht auf den Charakter dieses Staates und seiner Erbauer geworfen.

Noch 1 Mill. DM für Poullain

Ludwig Poullain, ehemaliger Chef der Westdeutschen Landesbank, ist wieder einmal in die Schlagzeilen geraten. Vor einigen Monaten mußte dieser feine Herr seinen Hut nehmen, als sich nicht mehr vertuschen ließ, daß er eine runde Million in bar als Bestechungsgeld entgegengenommen hatte. Jetzt stellte das Landesgericht Düsseldorf fest, daß dieser Finanzhai „möglicherweise noch heute" Vorstandsvorsitzender der Bank ist. Begründet wurde dieser unglaubliche Spruch mit angeblichen Formfehlern bei der Entlassung Poullains. Für den ist dieses Urteil Geld wert, nämlich noch einmal eine runde Million. Die kann er dann als Entschädigung kassieren, wenn die Formfehler bei seiner Entlassung auch noch als grobe Fahrlässigkeit gewertet werden.

Aber wie auch immer die Sache für Poullain ausgehen mag, gesorgt ist für ihn allemal. War doch sein Ausscheiden aus dem Vorstand der Bank mit einer Abfindung verbunden, die sich jährlich auf 420.000 DM beläuft, zu zahlen bis Ende 1983. Und das sind zusammen mehr als 2,5 Millionen Mark. Und für diese fürstliche Belohnung eines Mannes, der in einem öffentlichen Amt die Hand aufgehalten hat, sorgte niemand anderes als die Landesregierung in Düsseldorf. Die gleiche Regierung, die ständig neue Gesetze und Vorschriften erarbeitet, um den Arbeitslosen des Landes, die jahrelang hart und ehrlich gearbeitet haben, ihr ohnehin schon mageres Arbeitslosengeld noch weiter zusammenzustreichen.

Ku Mu in Bonn

Einheit mit dem Bonner Revanchismus

Nach einer Rundreise durch mehrere westeuropäische Länder und einem Besuch bei der EG in Brüssel traf in der letzten Woche der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Ku Mu zu einem zehntägigen Besuch in der Deutschen Bundesrepublik ein. Ku Mu leitet in der VR China die Kommission für staatliche Investition.

Zu Beginn seines Besuches traf Ku Mu in Bonn mit Bundespräsident Scheel, Außenminister Genscher und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zusammen. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua meldet, tauschten Genscher und Ku Mu dabei in einer „freundschaftlichen Atmosphäre" „Ansichten über internationale Fragen von gemeinsamem Interesse" aus. Anschließend fuhr Ku Mu in verschiedene Städte der Bundesrepublik, wo er mit verschiedenen Länder- und Konzernchefs zusammentraf.

Im Vordergrund des Besuchs von Ku Mu in der Bundesrepublik standen wirtschaftliche Fragen. Bereits heute ist Westdeutschland nach Japan der größte Außenhandelspartner der VR China. Was den zunehmenden Handel mit der Volksrepublik für die deutschen Kapitalisten besonders interessant macht, ist die Tatsache, daß von Anfang an die deutschen Ausfuhren nach China die Einfuhren bei weitem überwogen. Allein in den ersten zwei Monaten dieses Jahres erhöhte sich der deutsche Export um 145,2 Prozent, der deutsche Import aus China wuchs dagegen nur um 10,8 Prozent. Kein Wunder also, daß die westdeutsche Bourgeoisie sich über die verstärkte „Öffnung nach Westen" in der chinesischen Wirtschaftspolitik nur lobend äußert!

Lobend hervorgehoben wurde auch die Haltung der VR China gegenüber der europäischen und der deutschen Frage. So sagte Bundes-Außenminister Genscher in seiner Ansprache zu Ehren von Ku Mu: „Wir schätzen den Realismus ihrer Politik, die sich zur Einheit der deutschen Nation bekennt." Für die westdeutschen Imperialisten hat es bisher immer nur einen Grund gegeben, den „Realismus" der Politik anderer Staaten „zu schätzen". Sie haben es dann getan, wenn diese Politik ihren Interessen entsprach. Und so ist es auch in diesem Fall. Wenn die gegenwärtige Führung der VR China die Notwendigkeit der Einheit der deutschen Nation betont, dann meint sie nicht unseren Kampf, den Kampf der deutschen Arbeiterklasse für ein einiges Deutschland, das dem deutschen Volk gehört und gegen die beiden Supermächte und die deutsche Bourgeoisie im Osten wie im Westen erkämpft werden muß. Vielmehr wird dem deutschen Revanchismus Rükkendeckung gegeben. So z. B. als 1976 anläßlich des Besuchs von Dregger, Löwenthal und anderen Vertretern des westdeutschen Imperialismus in der „Peking Rundschau" „alle Staatsmänner" gegen angebliche falsche Beschuldigungen in Schutz genommen wurden, „die die nationale Wiedervereinigung hochhalten, die gegen die Spaltung der Nation Widerstand leisten und die den Mut haben, die Expansionsgelüste und Aggressionspläne der Hegemonisten anzuprangern" und denen deshalb „das Etikett ‚Revanchist' und ‚Nazi' aufgeklebt" wird (PR 8/76).

Auf der gleichen Linie liegt die Haltung der chinesischen Revisionisten zur europäischen Frage. Nicht umsonst ließ sich Genscher sehr lobend über das im April abgeschlossene, auf fünf Jahre befristete Handelsabkommen zwischen der EG und der VR China aus. Denn dieses Handelsabkommen (das übrigens von der VR China einschließlich der berüchtigten Berlin-Klausel unterzeichnet wurde!) ist der bisher weitestgehende Schritt bei der Anerkennung und Unterstützung der reaktionären Europäischen Gemeinschaft durch die VR China. Wiederholt haben Vertreter des chinesischen Staates in der letzten Zeit ihr Interesse an einem „starken" Europa zum Ausdruck gebracht. Wenn dabei auch manchmal von den Völkern Europas die Rede war — mit den Interessen der Völker hat eine solche Politik dennoch nichts zu tun. Ihrem Interesse entspricht nicht ein „starkes" Europa unter imperialistischer Herrschaft. Ihrem Interesse entspricht allein ein Europa, das befreit ist von der Macht der europäischen und der amerikanischen Imperialisten! Welchen Interessen dagegen die Europa-Politik der chinesischen Revisionisten dient, brachte Deng Hsiao-ping auf eine kurze Formel, als er anläßlich des Besuchs von CSU Zimmermann in der VR China sagte: „Wir hoffen auf ein starkes Europa, so wie die weitsichtigen Politiker Europas hoffen, daß China stark werde" (PR 13/78). Ein Kommentar dazu ist wohl überflüssig. Die Hoffnungen der „weitsichtigen Politiker Europas" sind nur allzu bekannt.

Bleibt abschließend nur noch eines festzustellen: Wenn es auch in diesem Artikel über den chinesischen Staatsbesuch in der Bundesrepublik über die Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Deutschlands nichts zu berichten gab, so besteht diese Freundschaft doch und wird immer bestehen. Eine Freundschaft, die die gleichen Grundlagen hat wie unsere Freundschaft mit allen anderen Völkern der Welt: Die Grundlage unseres gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus, für den Sieg der Revolution und des Sozialismus in der ganzen Welt.

Kurz berichtet

Berichtigung

Bei der Berichterstattung über die antifaschistische Aktion in Delmenhorst im RM Nr. 22 ist uns ein Fehler unterlaufen. Die Faschisten wurden dort nicht — wie berichtet — von 500, sondern von ca. 200 Polizisten geschützt. Festgenommen wurden nicht nur einer, sondern acht Antifaschisten. Ein Antifaschist erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Würzburg

Über hundert Studenten protestierten am 26.5. gegen eine Tagung an der Uni Würzburg mit dem Titel „Die sozialwissenschaftliche Kritik am Begriff und der Erscheinungsweise des Faschismus". Teilnehmer dieser Tagung waren Strauß, der faschistische Würzburger Professer Bossle und andere Reaktionäre, die hier „beweisen" wollten, daß die wirklichen Faschisten die Linken wären. Gegen die Studenten, die sich eine solche Provokation nicht gefallen ließen, wurden Bereitschaftspolizei mit Helmen und Chemical Mace bereitgestellt. Zu der Protestkundgebung hatte u. a. auch das Antifaschistische Komitee Würzburg aufgerufen, in dem auch die Rote Garde mitarbeitet.



In der Nacht zuvor hatte die RG am Tagungsgebäude zwei Parolen angebracht: „Bossle, Strauß — Faschisten raus! Rote Garde" und „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk! Rote Garde".

Westberlin

In Westberlin begann letzte Woche der Prozeß gegen die beiden Studenten Wolfgang und Hartmut wegen ihrer Teilnahme am Kampf gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz. Die Genossen der Roten Garde an der „Freien Universität" malten Parolen zur Unterstützung der



Angeklagten, klebten Plakate und bauten im Zentrum der Rostlaube einen Informationstisch, Solidaritätscafeteria und -basar auf. Allein an diesem Tag wurden 113 DM gesammelt sowie weitere 265 DM Reinerlös der Cafeteria und Basar — also fast 400 DM für den Fond des Regionalen Solidaritätsausschusses!"

Gießen

Mehrere hundert Antifaschisten verhinderten am 20.5. in Gießen eine Kundgebung der NPD-Faschisten, die am Ehrenmal des „Stuka-Geschwaders 55" einen Kranz niedergelegt hatte. In zwei Flugblättern hatte die Partei dazu aufgerufen, am Ort des Geschehens zu erscheinen, um den Faschisten und der sie schützenden Polizei entgegenzutreten. Währenddessen legten etwa 30 Angehörige der VVN auf Geheiß ihrer revisionistischen Führer weitab an einem Kriegerdenkmal eine Ehrung für die Opfer des Faschismus ab.

Offen gesagt ...

Hetzlügen der DKP

Die gesamte Bonner Lumpenpresse heulte nach der Entführung Till Meyers aus der Westberliner Haftanstalt Moabit im Chor auf und forderte härtere Maßnahmen gegen den „Terrorismus". Mit von der Partie war auch die UZ, die Zeitung der DKP. Die modernen Revisionisten empörten sich dabei nicht nur über die Befreiung Meyers — sie sind insgesamt mit den Bonner „Terroristen"-Fahndern zutiefst unzufrieden.

In der UZ vom 31.5.78 beklagen sie sich: „Terroristen werden in Holland gefaßt, in Frankreich, in der Schweiz, jetzt in Jugoslawien. Bei uns ... aber im CDU-Land Baden-Württemberg konnte eine Strafanstalt zum Waffenarsenal umfunktioniert werden, als Terroristen verdächtige Personen können planmäßig und zeitlich gezielt aus Haftanstalten entweichen." Durch die revisionistische Brille gesehen, stellt sich die Bundesrepublik also offenbar als ein wahres Eldorado für „Terroristen" dar. Ganz im Gegensatz zu Jugoslawien, über das die UZ lobend schreibt: „Das jüngste Beispiel Jugoslawien beweist: Woanders werden Kriminelle ohne jede Hysterie ganz einfach verhaftet."

Man fragt sich: Weiß die DKP nichts davon, daß Beamte der berüchtigten GSG 9 in Jugoslawien zur „Terroristen"-Jagd eingesetzt waren? Weiß sie nichts davon, daß das „Waffenarsenal" in Stammheim eine Staatsschutzlüge ist? Weiß sie nichts von der Blutnacht in Stammheim? Natürlich wissen die DKP-Revisionisten das und vieles andere mehr. Aber sie verschweigen es, weil sie ihr verlogenes Bild von der Bundesrepublik zu einem ganz bestimmten Zweck malen! Um nämlich auf diese Weise ihre Hetzlüge über die mit dem Verfassungsschutz und dem Großkapital zusammenarbeitenden revolutionären Kräfte zu „untermauern". Heute ist es die „Terroristen"szene, die sie auf diese Weise als Verfassungsschutzszene „entlarven" (wobei ihnen ihr schmutziges Handwerk dadurch erleichtert wird, daß es unter den angeblichen Terroristen tatsächlich eine Reihe solcher Agenten gibt). Morgen werden es in noch stärkerem Maße Genossen unserer Partei sein, die sie auf diese schmutzige Weise verleumden wollen. Ihr Ziel aber ist beide Male das gleiche: Einen Beitrag — auf ihre Art — zur Hetze und zum Terror der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Gewalt und den Kampf der Massen zu leisten.

Aus dem Inhalt

Ku Mu in Bonn: Einheit mit dem Bonner Revanchismus 2
Die SED braucht die Kirche 3
Breschnew in Prag: „Freundschaft" auf russisch 3
Moskaus Geschäfte mit Pinochet . 3
Wahlbetrug bei Daimler 4
Schmalbach-Lubeca will Braunschweiger Werk stillegen 4
Bergarbeiter im sozialistischen Albanien 5
Noch ist nicht aller Tage Abend bei Waltrop 5
10 Jahre Notstandsgesetze: Der legale Weg zum Faschismus 6
„Anti-Terror-Gesetze" in Westberlin angewandt 7
NATO-Tagung: Gewaltige Rüstungslasten für die Werktätigen . 10
NATO greift nach Afrika 10
Über den antiimperialistischen Kampf: „A Classe Operaria" 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

8. ZK-Tagung der SED:

Arbeiter werden als „Bummelanten" beschimpft

Auf dem 1976 abgehaltenen IX. Parteitag der SED war ein Fünfjahrplan beschlossen worden, der hohe Ziele für die Produktion der DDR setzte. Diese Ziele konnten nur durch die rücksichtslose Ausbeutung der Werktätigen erreicht werden. Obwohl Arbeitshetze und Rationalisierungsterror, getarnt als „sozialistischer Wettbewerb" und „sozialistische Rationalisierungen", die Werktätigen der DDR zu unerhörten Anstrengungen zwangen, sieht Honecker die Erfüllung seiner „ehrgeizigen" Pläne nicht gewährleistet. Die 8. Tagung des ZK soll dazu dienen, die Betriebsfunktionäre aller Ebenen anzuspitzen, ihre Antreibermethoden noch mehr zu vervollständigen.

Was immer auf dieser ZK-Sitzung beschlossen worden ist, letzten Endes bedeutet es, daß die Werktätigen noch mehr, noch schneller arbeiten müssen. Wenn z. B. in der FDGB-Zeitung „Tribüne" ein Montagebrigadier in einem großaufgemachten Interview verkündet: „Niemand hat Zeit zu verschenken — am wenigsten die Leute vom Bau", so ist das typisch für die Rationalisierungskampagne, die die SED zur Zeit angekurbelt hat. Wenn auf der ZK-Sitzung oftmals gerade die Funktionäre Zielscheibe der Kritik waren, so deshalb, weil sie es nicht genügend verstanden, die Kollegen zu Höchstleistungen anzutreiben. Daß aber die Arbeiter gemeint waren, kann man einmal an den Ausfällen Willi Stophs über die „Schluderei" und das „Bummelantentum" der Arbeiter sehen, zum anderen aber auch an den vielen Urteilen vor den Konfliktkommissionen der letzten Zeit, wo es meistens um die Einhaltung der „Arbeitsdisziplin" ging. Dabei geht man mit drastischen Strafen vor. So ist es kein Einzelbeispiel, wenn ein 28 Jahre alter Bauhilfsarbeiter aus Halle-Neustadt zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden ist, weil er in betrunkenem Zustand einen LKW eines „Volkseigenen Betriebes" mit Steinen beworfen hat. Auch gegen den Betrieb des Kollegen wurden „Gesetzlichkeitsmaßnahmen" erlassen, weil er eine Geburtstagsfeier der Brigade mit alkoholischen Getränken zugelassen hatte. Was sich hier unter dem Mantel der „sozialistischen Arbeitsmoral" verbirgt, ist in Wirklichkeit sozialfaschistischer Ausbeutungsterror.

Das ist die Wirklichkeit der „Planerfüllung", und, genau wie im Westen der DGB-Apparat, spielt auch hier der Gewerkschaftsapparat des FDGB seine schmutzige Rolle. In demagogischer Weise wies FDGB-Boss Harry Tisch die Äußerungen Stophs über „Bummelantentum" zurück und versicherte, daß „seine" Arbeiter bereit seien, „auch Überstunden und Sonderschichten" zu leisten. Sie würden sogar „von den staats- und wirtschaftsleitenden Organen größere Konsequenzen im Kampf für die sozialistische Rationalisierung" fordern. Nach dem Motto „Höhere ökonomische Leistungen, das bedeutet zugleich auch die Vergrößerung des Spielraums für unsere Sozialpolitik" sollen die Werktätigen der DDR an die Interessen der neuen Bourgeoisie gekettet werden.

Aber gerade die versprochenen höheren Sozialleistungen sind wieder in Frage gestellt. Honecker drohte z.B. damit, wenn die Ersatzteil-Produktion weiterhin zurückbliebe, müßten Ersatzteile auf Kosten von Fertigwaren — sprich: Konsumwaren — zusätzlich produziert werden. Typisch ist auch, daß gerade der Wohnungsbau zu den Zweigen gehört, wo die Pläne nicht erfüllt wurden. In 38 Kreisen gibt es Rückstände bei der Schaffung von Wohnraum. Hier zeigt sich, daß die sozialen Leistungen, genau wie im Westen, nichts als Versprechungen sind, die doch nicht eingehalten werden, sondern nur als Köder dienen.

Die elende Lage der Werktätigen der DDR war natürlich auch nicht das Thema der westlichen Presse bei der Berichterstattung über die 8. ZK-Tagung. Man interessierte sich mehr für die Nöte der DDR-Kapitalisten, über „mangelnde Gewinne", zu „kostspielige Produktion", „Ausgestaltung der gewinnbildenden Faktoren" und „Preisbildung". Spekulationen schießen ins Kraut über eine neue große Reform der Planungs- und Leitungsmethoden in der DDR.

Solche Reform ist durchaus denkbar, denn die Anhänger des alten Ulbrichtschen „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NÖS), das den Betriebsleitern größere Selbständigkeit zubilligt und die Anhänger der 1970 eingeführten zentralistischeren Planwirtschaft liegen sich offenbar im ZK der SED in den Haaren. Aber man darf nicht gewissen SED-Demagogen auf den Leim kriechen, als ginge es hier um die Alternative: NÖS oder „Sozialistische Planwirtschaft". Mit der Einführung der NÖS im Jahre 1963 wurde die Restauration des Kapitalismus in der DDR abgeschlossen. Wenn man seitdem schwankt zwischen der „Selbständigkeit" der Betriebsleitungen und zentralistisch gestraffter Planwirtschaft, hat das überhaupt nichts mit der Frage des sozialistischen oder kapitalistischen Weges zu tun. In jedem westlichen Konzern gibt es diesen Widerspruch zwischen Zentralismus und Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Betriebsleitungen, was immer wieder zu neuen Änderungen in der Leitung führt. Genauso steht es mit den jetzigen Diskussionen innerhalb des Managements der DDR-Wirtschaft. Die DDR ist ein kapitalistisches Land, egal, ob der „Orthodoxe" Stoph oder der „Reformer" Harig das Sagen hat.

Wenn die Honecker-Clique jetzt diese Anstrengungen unternimmt, die Produktion zu steigern, so denkt sie einmal natürlich an ihre Profite. Zum anderen darf man nicht vergessen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten die eigentlichen Herren der DDR sind. Nicht umsonst hat gerade erst Gromyko die DDR besucht, nicht umsonst ist vor kurzem erst die 22. Sitzung der „Paritätischen Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR" über die Bühne gelaufen. Die Werktätigen werden vor allem deshalb weiter angetrieben, weil die Kreml-Zaren noch mehr Profit aus der DDR-Wirtschaft ziehen wollen.

Schon heute ist die DDR mit ihren Rohstoffimporten fast vollständig abhängig von der Sowjetunion, die ihre hohen Rohstoffpreise durch spottbillige Erzeugnisse des Maschinen- und Gerätebaus, der elektronischen und elektrotechnischen Industrie und metallurgischer Ausrüstungen vergelten läßt. Die Produkte der mit Hilfe der DDR-Technologie entwickelten Anlagen in der UdSSR gehen dann wieder für teures Geld in die DDR. Das ist der Mechanismus, mit dem der Kreml die DDR ausplündert, und diesen Mechanismus möchte er vervollständigen. Der Außenhandel der DDR, der schon heute zu einem Drittel mit der UdSSR abgewickelt wird, soll noch mehr auf die Bedürfnisse der UdSSR zugeschnitten werden. Diese „internationale Kooperation" ist der eigentliche Grund für die 8. ZK-Tagung und ihre volksfeindlichen Beschlüsse. Diese Tatsache ist unerträglich für die Bevölkerung der DDR wie für das ganze deutsche Volk, das, frei von sowjetischen Militärstiefeln und frei von Ausbeutung und Unterdrückung, in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland leben will.

Kirchentag in Leipzig:

Die SED braucht die Kirche!

Einen groß angelegten „Kirchentag" mit 50.000 Besuchern konnte die evangelische Kirche am 28. 5. in Leipzig veranstalten. Wer vielleicht glaubt, fragen zu müssen, wie sich diese religiöse Propaganda-Schau im Staat der SED, der sich ja als „Diktatur des Proletariats" ausgibt, durchsetzen konnte, muß sich eines besseren belehren lassen. Der religiöse Rummel fand mit ausdrücklicher Befürwortung der SED-Führung und großzügiger organisatorischer Unterstützung der Leipziger Partei- und Staatsfunktionäre statt.

So stellten die Behörden zwei Messehallen zur Verfügung, Sonderzüge und Autobusse waren für den Transport der Teilnehmer bereitgestellt und die Versorgung war über die HO-Läden organisiert worden. Die führenden Pfaffen strömten über vor Freude über dieses Entgegenkommen des SED-Staates.

Bereits im März hatte Honecker in einem Gespräch mit höchsten Vertretern der evangelischen Kirche in der DDR zu verstehen gegeben, daß der Staat der neuen Bourgeoisie die „Kirche im Sozialismus" braucht! Dementsprechend flimmerte den erstaunten DDR-Bürgern ein Gottesdienst, der Eröffnungsgottesdienst des Kirchentages, über den Bildschirm. Lenin stellte eindeutig fest: „Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die die Ausbeutung verteidigen und die Arbeiterklasse verdummen und umnebeln sollen". (Lenin, Werke, Bd. 15, S. 405). Daraus leitet Lenin die Notwendigkeit der absoluten Trennung der Kirche vom Staat ab. Keinerlei staatliche Unterstützung darf es für die Kirchen geben. Diese Worte von Lenin sind sehr aktuell.

Gerade weil die Werktätigen der DDR heute wieder unter den Bedingungen kapitalistischer Ausbeutung und der sozialfaschistischen Diktatur leben, verbreitet sich das religiöse Gift, das „Opium des Volkes", wieder in zunehmendem Maße. In der Anfangszeit der DDR hat der von der SED geführte revolutionäre Klassenkampf nach der Beseitigung der alten Ausbeutungsverhältnisse auch den Kampf gegen den religiösen Aberglauben aufgenommen, und die Werktätigen haben sich massenweise von der Religion abgekehrt und dem Marxismus-Leninismus zugewendet.

Heute zieht Honecker die Kirchen wieder heran, weil er sie braucht, um die Hirne der ausgebeuteten Werktätigen zu umnebeln. Während sich vor allem Jugendliche schon seit langem enttäuscht vom SED-Staat abwenden, bemühen sich die Pfaffen der reaktionären Kirchen, diese Situation für ihre dunklen Zwecke auszunutzen. In der „sozialistischen" Religiosität sollen die Jugendlichen und Werktätigen ein neues Ziel sehen, für das sie sich einsetzen sollen im Glauben an ein besseres „Jenseits", um nicht gegen die erdrückenden Lebensverhältnisse der neuen kapitalistischen Gesellschaft zu kämpfen. Die vielen Diskussionsgruppen, die von vielen sich „progressiv" gebenden Pastoren geleitet werden, sind interessant aufgemachte Köder, von denen sich mancher Jugendlicher umso leichter fangen läßt, je verlogener und langweiliger die Veranstaltungen der FDJ werden.

Die Rebellion der DDR-Jugend gegen das sozialfaschistische Regime, wie z.B. die Unruhen auf dem Alexanderplatz, veranlassen Honecker, mit großer Eile die Wirksamkeit der religiösen Agenturen zu reaktivieren. Noch in diesem Jahr wird DDR-Außenminister Fischer den Vatikan besuchen, wo entsprechende Zusagen an die katholische Kirche gegeben werden sollen, die religiöse Propaganda ungehindert entfalten zu können. Aber das Beispiel Polens, in dem die Kirche eine noch viel größere unheilvolle Rolle spielen kann, zeigt, daß sich sowohl der Aufstand der Gdansker Hafenarbeiter 1970 als auch die Erhebung der Werktätigen gegen die Preissteigerungen von Massenbedarfsartikeln im Juni 1976 nicht durch das religiöse Gift verhindert werden konnte. Genausowenig ist das in der DDR möglich!

Moskaus Geschäfte mit Pinochet

Gegenwärtig betreiben die DKP-Revisionisten wieder einmal eine Kampagne im Rahmen ihrer sogenannten Chile-Solidarität. Sie rufen zu Hungerstreiks zur Unterstützung der politischen Gefangenen dieses Landes auf. Wollte man ihnen glauben, ließe man sich durch die spaltenlangen Artikel in ihren Organen täuschen, so gäbe es keinen treueren Freund des chilenischen Volkes als das revisionistische Lager, angeführt von den Kreml-Herren.

Aber das sind billige Propagandalügen. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. So wurde jetzt bekannt, daß die russischen Sozialimperialisten genau das tun, was sie und ihr Anhang jahrelang als Unterstützung Pinochets verdammt haben: nämlich Handel mit den chilenischen Faschisten treiben. Für 100.000 Dollar Molybden-Oxyd haben sie im Januar bei der staatlichen chilenischen Firma Molymet S.A. geordert. Natürlich sind es nicht sie alleine, die Handelsbeziehungen zu den Mördern am chilenischen Volk unterhalten. Auch die tschechischen, polnischen und rumänischen Revisionisten haben solche Beziehungen aufgenommen. Und die Honecker-Clique ist schon vor zwei Jahren als Abnehmer von chilenischem Kupfer enttarnt worden.

Breschnew in Prag:

„Freundschaft" auf russisch

Ausgerechnet kurz vor dem 10. Jahrestag ihres faschistischen Überfalls auf die CSSR schickten die sowjetischen Sozialimperialisten ihr Oberhaupt Breschnew nach Prag. Die „UZ", das revisionistische Blatt der DKP, spricht provokatorischerweise von einem „Freundschaftsbesuch"! Aber welche „Freundschaft" wurde hier gefestigt? Die Freundschaft zwischen dem Henker und seinem Vasallen. Für die tschechoslowakischen Völker konnte dieser Besuch nur ein Tag der Erniedrigung sein.

Und Breschnew hat diese Erniedrigung in allen Einzelheiten ausgekostet. „Der 71jährige Kremlherrscher fühlte sich sichtlich wohl in Prag. Er genoß seinen Aufenthalt auf der alten Kaiser- und Königsburg", so schrieb die „Frankfurter Rundschau". In Trinksprüchen, Parolen und Reden ließ sich Breschnew mit der Husak-Losung „Mit der Sowjetunion für ewige Zeiten" umwedeln. Belegschaften der Betriebe und Schulkinder wurden an bestimmte Streckenabschnitte der Reiseroute abkommandiert, um ein „jubelndes Volk" vorzutäuschen.

Und als größte Provokation hatte sich der Kreml-Zar eine Rede vor der Belegschaft der CKD-Werke ausgedacht. Jener Betrieb, in dem vor zehn Jahren Dubcek seinen geheimen Parteitag abhielt, wo die Loslösung von Moskau und die Annäherung an den Westen beschlossen worden war. Dieser Parteitag war gegen die Interessen der tschechoslowakischen Werktätigen gerichtet, aber die revisionistische Dubcek-Clique hatte gerade diesen Betrieb gewählt, weil seine kampfstarke Belegschaft und deren proletarisches Empfinden für Freiheit und Unabhängigkeit für Dubceks Pläne ausgenutzt werden sollte. Diese Rede wäre eine besondere Demütigung der tschechoslowakischen Arbeiterklasse gewesen. Aus



Die „völlige politische Einheit" des Kreml mit der CSSR

Furcht vor Unruhen hat Breschnew diese Rede dann doch lieber in der Prager Burg verlesen.

Überhaupt kam die Abneigung des tschechoslowakischen Volkes gegen seinen Unterdrücker oft genug zum Ausdruck. Wenige Minuten, nachdem der Wagen Breschnews an den lustlos „jubelnden" Massen vorbeigefahren war, fand man die „Freundschaftssymbole" wie Fähnchen usw. im Dreck zertreten wieder. Eine sofort eingesetzte Reinigungskolonne beseitigte schnell diesen peinlichen Anblick.

In der Prager Burg waren die Herren dafür ganz unter sich. Hier konnten die Weichen gestellt werden für die noch festere Unterordnung der CSSR unter den russischen Sozialimperialismus. In den Gesprächen zwischen Breschnew und Husak war von „völliger politischer Einheit" die Rede. Diese „Einheit" besteht darin, daß der Kreml die CSSR an der Gurgel gefaßt hält und ihr seinen Willen aufoktroyiert. Der KPC-Sekretär Josef Kempny plauderte in einem Tass-Interview die weiteren Pläne der Versklavung aus: Die „völlige Verknüpfung der beiden Wirtschaften" sei das politische Ziel der weiteren „Zusammenarbeit". Getreu der Breschnewschen „internationalen Arbeitsteilung" soll die hochindustrialisierte Wirtschaft der CSSR noch mehr zu einem Zuliefererbetrieb der sowjetischen Wirtschaft gemacht werden. Schon heute entfällt der Außenhandel der CSSR zu zwei Drittel allein auf die Sowjetunion. Durch diesen — bekanntermaßen völlig einseitigen — Handel wird die Arbeiterklasse der CSSR schon heute zum Nutzen der Kreml-Zaren ausgebeutet.

Aber, mag Breschnew über den Erfolg seiner Reise auch jubeln, er kann nichts daran ändern, daß man auf den Bildern die „jubelnden" Massen vor lauter Geheimpolizisten kaum sehen kann. Die Arbeiterklasse der CSSR wird ihr entscheidendes Wort noch sprechen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Offener Brief eines revolutionären Betriebsrats

Der revolutionäre Betriebsrat Helmut Stockmar von Schmalbach-Lubeca in Heilbronn sollte sich auf einem Revers von der KPD/ML distanzieren, ansonsten werde er aus der IGM ausgeschlossen. Helmut Stockmar unterschrieb den Revers nicht. Wir halten diese Entscheidung in diesem Falle für richtig, auch wenn es in anderen Fällen und unter anderen Bedingungen durchaus richtig ist, solche Reverse zu unterschreiben, um den Bonzen ihren Ausschlußterror zu erschweren. Im folgenden der Offene Brief des Kollegen Stockmar an die Verwaltungsstelle der IG Metall.

Sehr geehrte Herren,

mit großem Interesse haben meine Kollegen und ich eure Maßnahmen zur Ausschaltung eines oppositionellen Gewerkschafters verfolgt. Angefangen vom plumpen Versuch, meine Kandidatur zum Betriebsrat zu verhindern, bis hin zu einem verlogenen Flugblatt, das von euch gegen mich herausgebracht wurde. Die Quittung dafür habt ihr ja schon bekommen. Fast 2/3 der Belegschaft stimmten gegen euch.

Nun sollte man meinen, ihr würdet den mehrheitlichen Willen der Belegschaft respektieren. Ihr wollt ja, nach euren eigenen Worten, Arbeitnehmervertreter sein. Doch nichts von alledem. Als Beweis eures Demokratieverständnisses habt ihr beschlossen, mich aus der IGM auszuschließen.

Die Unternehmer werden's euch zu danken wissen. In ihrem Interesse handelt ihr bei den Hunderten von Ausschlußverfahren im Bundesgebiet und Westberlin gegen revolutionäre und fortschrittliche Gewerkschafter.

Ihr seid nach eigener Aussage Ordnungsfaktor in diesem Staat. Für Ruhe und Ordnung sorgt ihr, damit die Unternehmer unbeschadet ihrer Herrschaft Rationalisierungen, Ausbeutung und Entlassungen durchführen können. Ihr habt den Kapitalismus, der schon so viel Krieg und Elend für die Arbeiter gebracht hat, zur heiligen Kuh erklärt und seid sein williges Werkzeug. Von euren Methoden gegenüber uns Mitgliedern und von euren Zielen her unterscheidet ihr euch nur noch erschreckend wenig von der sozialfaschistischen Zwangsgewerkschaft in der DDR. Auch dort wird jegliche revolutionäre oppositionelle Gesinnung verfolgt, wird die Belegschaft im Sinne der neuen Machthaber ausgebeutet und ruhig gehalten.

Allerdings werden weder diese noch ihr auf Dauer verhindern können, daß wir Arbeiter uns unserer Macht bewußt werden und nicht mehr nur mitbestimmen wollen wie die kapitalistische Krise auf unserem Rücken am besten abgeladen wird. Denn aller Reichtum wird von Arbeiterhänden geschaffen, und sie sind es auch, die bestimmen werden, was mit ihm geschieht. Diese Entwicklung werdet ihr durch meinen Ausschluß nicht aufhalten. Im Gegenteil! Macht ruhig so weiter und es wird auch der Letzte erkennen, daß er verlassen ist, wenn er sich auf euch verläßt.

Ich bin stolz darauf, Gewerkschafter zu sein und werde es auch bleiben, mit oder ohne euren Segen.

Vor allem bin ich stolz darauf, nicht so weit gekommen zu sein wie ihr!

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Stockmar

Ein Herz und eine Seele

Liebe Genossen,

von der Zahnradfabrik in Schwäbisch-Gmünd wurde eine lustige Episode bekannt:

Der Kaufmännische Leiter des Werks, Otto Tiefenbacher, wünschte mit den neugewählten Betriebsräten und Jugendvertretern bekanntgemacht zu werden. Zu diesem Zweck mußten sie im Betriebsratsbüro erscheinen.

Otto Tiefenbacher hob dort in einer kurzen, aber ergreifenden Ansprache die „große Verantwortung" der „neuen Kollegen" hervor und sprach dem Betriebsrat sein „volles Vertrauen" aus. Dann ließ er sich vom Betriebsratsvorsitzenden die „Neuen" vorstellen, drückte jedem die Hand und wünschte „viel Erfolg" für die zukünftige Arbeit.

Dann passierte folgendes: Der Betriebsratsvorsitzende überreichte jedem der „Neuen" eine Schallplatte, die anläßlich des 65. Geburtstages von Otto Tiefenbacher herausgegeben worden war. Auf dem Umschlag befindet sich eine Widmung, die „unserem Kapitän" eine „harmonische" Fahrt durch die kommenden Jahre wünscht. Auf der Platte selbst ist unter anderem der „Otto-Tiefenbacher-Marsch" zu hören — eine kleine Aufmerksamkeit der Werkskapelle. Und der größte Leckerbissen kommt auf der Rückseite: Der Betriebsratsvorsitzende (!) eines Zweigwerkes singt zu Ehren des Jubilars: „Bei uns in Schwäbisch-Gmünd" — ein Ohrenschmaus für alle Kunstkenner. Der Refrain ist eine Huldigung an die Gmündner Bürger: „Sie lachen dir zu und reichen zur Freundschaft gerne auch sogleich die Hand." In diesem Sinne schüttelte der Betriebsratsvorsitzende „unserem Kapitän" nochmals die Hand, und dieser entfernte sich — sichtlich gerührt.

Rot Front!
Ein Genosse aus Schwäbisch-Gmünd

Meldungen aus den Betrieben

Schmalbach-Lubeca will Braunschweiger Werk stillegen

Die Bosse des Schmalbach-Lubeca-Konzerns wollen das Braunschweiger Werk für dreiteilige Getränkedosen stufenweise stillegen. Dadurch werden insgesamt mindestens 230 Beschäftigte entlassen und ebenso viele Arbeitsplätze vernichtet. Obwohl auf der einen Seite die Entlassung von den 230 Beschäftigten offiziell bestätigt wird, heißt es auf der anderen Seite, durch einen Sozialplan, der mit dem Betriebsrat vereinbart worden ist, könnten Massenentlassungen vermieden werden. Im Klartext: Die Entlassungen werden so dosiert, daß sie nicht beim Arbeitsamt meldepflichtig sind und damit auch nicht als Massenentlassungen gelten. Hier zeigt sich auch die schmutzige Rolle des IGM-Apparats und der ihm verbundenen Arbeiterverräter im Betriebsrat.

Porzellanarbeiter: Warnstreiks in acht Betrieben

In der Oberpfalz stehen die Porzellanarbeiter in der Lohntarifrunde. In acht Betrieben kam es jetzt zu Warnstreiks, an denen rund 2.500 Kollegen beteiligt waren. Die Streiks waren in folgenden Orten: Windisch-Eschenbach, Bauscher in Weiden, Walfershof, Winterlich-Schwarzenbach, Marktleuten-Winterling und Röslau.

Der Gewerkschaftsapparat (IG Chemie, Papier, Keramik) hat mit sieben Prozent eine unverschämt niedrige Forderung aufgestellt und will den Kollegen einen Lohnraub, ähnlich dem Niedrigst-Abschluß von 4,3 Prozent in der Chemieindustrie, aufzwingen. Die Warnstreiks zeigen jedoch, daß die Kampfbereitschaft der Kollegen ziemlich stark ist und daß die Bonzen es nicht einfach haben mit ihrem Verrat.

Das letzte Wort ist noch nicht gefallen...

Kurz vor der Betriebsratswahl, bei der die RGO-Liste 43 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wurden der RGO-Listenführer und ein weiterer Kollege, der die RGO-Liste unterstützt hatte, von den KMF-Bossen aus dem Betrieb gefeuert. Am 9. Juni findet nun vor dem Arbeitsgericht Kempten der Kündigungsschutzprozeß des Listenführers Otto Pixner statt. Kollege Otto Pixner hat anläßlich des Prozesses eine Presseerklärung gemacht, aus der wir im folgenden Auszüge veröffentlichen.

„In dem ersten Flugblatt von uns formulierten wir unsere Ziele und Forderungen und begründeten, warum wir nicht auf der IGM-Liste kandidieren. (...) Dieses Flugblatt mit den Forderungen der Arbeiter bei KMF und der Bekanntgabe unserer Liste wurde freudig aufgenommen. Aber natürlich nicht von allen. Die Geschäftsleitung war bestimmt nicht erfreut und auch der Betriebsratsvorsitzende Weis und die örtliche IG-Metall-Leitung waren davon nicht begeistert. Wer nun erwartete, einen packenden demokratischen Wahlkampf um den Betriebsrat mitzuerleben, sah sich schon nach kurzer Zeit getäuscht. Nicht Argumente und Debatten um die Sache wurden geführt, sondern Lügen, Einschüchterungen, Drohungen und zu allerletzt Entlassungen sollten verhindern, daß die Liste die erforderlichen Unterschriften für die Wahlbeteiligung bekommt...

Doch das war nur ein Vorspiel im Vergleich zu dem, was jetzt unternommen wurde. Nach dem Motto „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein", griffen sie zu stärkeren Argumenten. Kollegen, die unsere Liste unterschrieben hatten, wurden verhört, und sie mußten sich rechtfertigen, warum sie diese Liste unterstützten. Der Kollege Clemens wurde aus dem Betrieb geschmissen. (...) Zuletzt wurde auch ich, obwohl ich ein Betriebsratskandidat bin und Kündigungsschutz habe, fristlos und ohne Begründung gefeuert. (...) Die einstweilige Verfügung gegen die Kündigung, die von mir angestrengt worden ist, wurde abgewiesen. (...).

43 Prozent der Stimmen, das ist die richtige Antwort auf eine Politik des DGB, hier besonders der IG Metall, die mit der Interessenvertretung von uns Arbeitern und kleinen Angestellten nichts mehr gemein hat. 43 Prozent, das ist die richtige Antwort auf die ungeheuerliche Provokation, mich als Listenführer der RGO-Liste zu entlassen. Und 43 Prozent der Stimmen heißt auch, daß in dieser Sache noch lange nicht das letzte Wort gefallen ist."

Die RGO-Gruppe Kempten weist darauf hin, daß sie eine Dokumentation erstellt hat: „Betriebsratswahl bei der Kemptener Maschinenfabrik 1978". Die Broschüre ist zu bestellen im Buchladen „Roter Morgen", München, Maistr. 60, Tel.: 089/ 535987. Dort ist auch zu erfahren, was die Broschüre kostet.

Wahlbetrug bei Daimler

Korrespondenz. Am 24.5. fand vor dem Arbeitsgericht Stuttgart die Verhandlung über den Wahlbetrug bei der Betriebsratswahl in den Daimler-Werken Unterrürkheim und Mettingen statt. Die Betriebsratswahl — neben der IGM-Liste gab es eine Liste von zwei Mitgliedern des alten Betriebsrats — war wegen offensichtlichem Wahlbetrug zugunsten der IGM-Liste angefochten worden.

Augenzeugen hatten bei der Stimmauszählung beobachtet, daß in einer Urne ein ganzes Bündel von Umschlägen lag — ordentlich aufeinanderliegend, mit der Lasche in die gleiche Richtung weisend, darin mit gleichem Stift und gleicher Schrift ausgefüllte Stimmzettel. Natürlich alle mit dem Kreuzchen im Feld der IGM-Liste!

Eine peinliche Angelegenheit für die IGM-Bonzen — zumal der Wahlvorstand, bereits während der Stimmenauszählung auf diese „Merkwürdigkeiten" aufmerksam gemacht, die Auszählung fortführen ließ und anschließend frech erklärte: „Irgendwelche Besonderheiten sind nicht aufgetreten". Zum Arbeitsgerichtsprozeß, bei dem die IGM-Betriebsräte natürlich als Antragsgegner gegen die Wahlanfechtung auftraten, hatten sie deshalb extra ihren Staranwalt Kurt Thon aus Frankfurt „einfliegen" lassen. Aber auch er konnte ihnen nicht mehr helfen...

Denn Beweise gab es mehr als genug. Die Wahlurnen (vor und nach der Wahl lediglich mit einem leicht zu entfernenden Tesa-Krepp-Streifen zugeklebt) boten verschiedene Möglichkeiten, bündelweise Briefumschläge mit Stimmzetteln einzustecken: Die Vorhängeschlösser der Wahlurnen stammten aus dem Betrieb und gehören zu Schlössern, die alle mit nur insgesamt 15 Schlüsseln aufzuschließen sind. Den richtigen Schlüssel zu finden, war also kein großes Problem! Auch bei der Auszählung der Briefwahlergebnisse war die erforderliche Öffentlichkeit nicht hergestellt usw.

Außerdem vermerkt die Wahlliste 11.877 abgegebene Stimmen. Stimmzettel wurden aber 12.064 gezählt! Es sind also mindestens 187 Stimmzettel eingeschmuggelt worden!

Angesichts dieser für die IGM-Betriebsräte so traurigen Beweislage ließ es sich die Geschäftleitung von Daimler nicht nehmen, ihnen so gut es ging zu helfen. Einer ihrer Vertreter berichtete dem Richter ausführlich darüber, daß die Geschäftsleitung der Daimler-Benz-Werke vollstes Vertrauen zu den Betriebsräten der IGM habe!

Dem Arbeitsrichter Linsenmaier war bei diesem Prozeß schon bei Verhandlungsbeginn nicht ganz wohl. Denn der Gerichtssaal war überfüllt bis zum letzten Stehplatz, und sogar auf dem Flur warteten Leute auf die neuesten Nachrichten. Ein ungewohntes Bild in einem Arbeitsgerichtsprozeß! Der Richter entschied, daß die letzte Betriebsratswahl bei Daimler ungültig sei. Was blieb ihm auch angesichts der Beweislage anderes übrig? Aber gleichzeitig „verzichtete" er darauf, einen Beschluß darüber zu fassen, daß es eine Wahlmanipulation gegeben habe!

Die 30.000 Arbeiter und Angestellte des Stuttgarter Daimler-Benz-Werkes in Untertürkheim und des Werkes Esslingen/Mettingen werden also die Wahl wiederholen. Eine Wahl, bei der sich eine Reihe IGM-Bonzen als „Arbeitervertreter" anpreisen werden, die durch die Tatsachen eindeutig als Postenjäger und Betrüger überführt wurden...

Mannesmann-Kammerich

Kampf für freie Urlaubswahl

„Die Rote Ziehbank", Betriebszeitung unserer Partei für die Kollegen der Mannesmann-Kammerich-Werke in Bielefeld-Brackwede, berichtet über den Kampf der Kollegen für freie Urlaubswahl. Im Januar legten die Kammerich-Bosse den neuen Urlaubsplan fest, über den viele Kollegen zu Recht empört sind. Zum einen zwingt er jene deutschen Kollegen, die keine schulpflichtigen Kinder haben, ebenfalls in der teuren Hauptreisezeit ihren Urlaub zu nehmen. Dabei würden viele von ihnen lieber in der Vor- oder Nachsaison gehen. Zum anderen kann nach dem Plan nicht der gesamte Urlaub an einem Stück, sondern es können nur vier Wochen zusammenhängend genommen werden. Das jedoch trifft besonders die ausländischen Kollegen hart. Einmal im Jahr können sie ihre Heimat, ihre Familie und ihre Freunde wiedersehen.

Dessen ungeachtet hat der alte Betriebsrat in einer Betriebsvereinbarung mehrheitlich diesem Urlaubsplan zugestimmt. Er stellte sich auf den Standpunkt der Mannesmann-Kapitalisten, die sagen: „Wir sind Hauptlieferanten für Daimler-Benz und Hanomag-Henschel und wollen nicht riskieren, daß andere Firmen uns Aufträge wegschnappen." „Die Rote Ziehbank" schreibt dazu: „Uns interessieren ihre Geschäfte nicht. Interessiert es sie denn, wenn wir kaputt gehen, wenn unsere Familien durch die Schichtarbeit zerrüttet werden? Nein!"

Seit einigen Wochen gibt es jedoch einen revolutionären Kollegen im Betriebsrat. Den Kollegen Wiedecke. Mit 35 Prozent der Stimmen war er gewählt worden. Er setzte sich sofort für die Forderungen der Kollegen nach freier Urlaubswahl ein. In verschiedenen Fällen ging er mit Kollegen zur Personalabteilung und setzte mit ihnen durch, daß sie ihren Urlaub so nehmen dürfen, wie es für sie nötig ist. Die Kollegen finden das klasse. „So hat sich bei uns noch nie ein Betriebsrat eingesetzt", sagen sie. Kollege Wiedecke aber läßt es nicht dabei bewenden, den Kollegen einzeln zu helfen. Zumal auf dieser Basis immer noch die Gefahr besteht, daß die Bosse hinterher ihre Zusagen wieder zurückziehen, etwa mit der Begründung, die Situation habe sich leider inzwischen verändert, deshalb könne die Zusage nun doch nicht aufrechterhalten werden... Also stellte Kollege Wiedecke im Betriebsrat einen Antrag auf Aufhebung der entsprechenden Betriebsvereinbarung. Wie war die Reaktion der reaktionären Betriebsratsmehrheit? Sie verhinderte, daß der Antrag überhaupt behandelt wurde und kehrte ihn damit unter den Tisch!

Die „Rote Ziehbank" hat dazu aufgerufen, den Kampf weiterzuführen. Sie schreibt: „Wir dürfen uns nicht gegenseitig aufhetzen lassen, haben wir doch alle nur ein Interesse: daß der Urlaub der Erholung dient, und daß wir, wenn wir uns schon das ganze Jahr für die Kammerich-Kapitalisten abrackern, zumindest unseren Urlaub selbst bestimmen können."

Noch ist nicht aller Tage Abend auf Waltrop



Aus der neuen Ausgabe der „RGO-Nachrichten" drucken wir den folgenden Bericht über die Zechenstillegung in Waltrop ab. Leider mußten wir aus Platzgründen leichte Kürzungen vornehmen.

Empörung und Zorn ist in den Gesichtern vieler Kumpel der Zeche Waltrop in Westfalen zu lesen. „Damit haben wir nicht gerechnet, daß das so plötzlich kommt." Am 31. Mai 1979 soll ihr Pütt dichtgemacht werden. Mitte Mai haben sie es erfahren. Weder der Betriebsrat noch die Gewerkschaftsführung der IG Bergbau und Energie (IGBE) hat die 1.600 Kollegen vorher informiert, geschweige denn den Kampf der Kumpel gegen diese brutale Entscheidung der Ruhrkohle AG (RAG) organisiert.

Adolf Schmidt — Boß der IGBE — ist selbst stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der RAG. Doch in diesem Gremium ist die Entscheidung gefällt worden. Will er etwa behaupten, er hätte nichts gewußt? Aber gesagt hat er nichts. Er kann schweigen wie ein Grab, wenn es den Profiten der Bergbau-Unternehmer nützt. Und der Betriebsratsvorsitzende Horstmann? Er redet wie ein Buch, um die Argumente der Kohleprofiteure unter die Leute zu bringen. In den Rücken gefallen sind sie den Kumpels!

Gerade zwei Wochen vor dem Skandal von Waltrop hatte die Bundesregierung den Kohlekapitalisten noch 2,4 Milliarden Mark für die nächsten vier Jahre zugeschanzt. Mehrere hundert Millionen davon sind allein für die Stillegung von Zechen bestimmt. „Sanierung des Steinkohlebergbaus" nennen das diese Herren. Bei den Kumpels heißen sie dafür schlicht und zutreffend „Zechenkiller". Schon drohen die Stadtpolitiker den 30.000 Einwohnern von Waltrop mit der Streichung aller „freiwilligen Leistungen". Kein Geld mehr für Kindergärten, für Jugendfreizeiten und die Sportvereine.

Was sie wohlweislich nicht erwähnen: Allein die jetzt von der Regierung für ein einziges Jahr bewilligten Millionen für die Ruhrkohle AG würden ausreichen, um den Steuerausgleich der Stadt Waltrop für 500 (!) Jahre abzudecken. Ungerührt fordern sie weitere Millionen für die Ansiedlung von Kraftwerken in den nahegelegenen Rieselfeldern. Aber die Waltroper Kumpels wissen: „Das nützt uns nichts. Das bringt uns auf Dauer keine Arbeitsplätze."

In mühseliger Arbeit haben sich Gärtner und Kleinbauern auf den Rieselfeldern ihre Existenzen aufgebaut. Sie vertrauten der Stadt Dortmund, die ihnen versprochen hatte: Ihr könnt euer Leben lang auf dem Pachtland bleiben. Nichts als leere Versprechungen! Im neuen Flächennutzungsplan sind statt ihrer Felder und Gewächshäuser Kohle- und Kernkraftwerke eingezeichnet. Und das, obwohl bereits über 8.000 Unterschriften allein in Waltrop dagegen gesammelt wurden. Der Energie-Großkonzern VEW will sich 150 Hektar Land im Norden Waltrops unter den Nagel reißen.

Verschwiegen aber wird, daß keineswegs nur Kohle-, sondern auch Kernkraftwerke dort angesiedelt werden sollen. Auch verschwiegen haben die IGBE-Bonzen vorsorglich folgendes, als sie im letzten Herbst noch schnell 1.000 Unterschriften von den Kollegen der Zeche Waltrop für den Bau von diesen Kraftwerken ergaunerten: Ein Großteil, wenn nicht sogar alle Kohle, die VEW in seinen Kesseln verheizt, kommt gar nicht aus dem Ruhrgebiet. Sie holen sie sich aus Polen und den USA.

Lehrlinge: Sorgen um die Zukunft

Die 200 Lehrlinge auf Waltrop brauchen — so behaupten die Zechen-Bosse und die Vertreter von Betriebsrat und Gewerkschaft — sich keine Sorgen um ihre Ausbildung und ihre berufliche Zukunft zu machen. Angeblich bleiben die 200 Ausbildungsplätze auf Waltrop auch nach der für das erste Halbjahr 1979 vorgesehenen Stillegung erhalten. Aber die Lehrlinge, mit denen „RGO-Nachrichten" sprach, glauben nicht an diese Versprechungen. „Wie sollen wir denn auf ‚Waltrop' richtig ausgebildet werden, wenn unter Tage gar nicht mehr gearbeitet wird?" fragen sie. Und sie sagen, wenn dann die Lehrjahre auseinandergerissen und auf verschiedene Zechen verteilt werden, das ist schlecht für uns, das behindert unsere Ausbildung. „Und davon abgesehen", meinen sie, „mit unserer beruflichen Zukunft, wie soll das denn weitergehen, wo immer weitere Zechen dichtgemacht werden, wo die Kohleförderung immer weiter zurückgeschraubt wird?" Daß gegen die Stillegung gekämpft werden muß, finden sie deshalb richtig. „Da sind wir auch mit dabei."

Bergarbeiter im sozialistischen Albanien



In Albanien braucht kein Kumpel um seinen Arbeitsplatz zu bangen. Drosselung der Kohleförderung und Zechensterben wie bei uns gibt es hier nicht. Ganz im Gegenteil. Im Vergleich zu 1960 hat sich die Steinkohleförderung inzwischen verdreifacht. Große Steinkohlebergwerke und Werke zur Steinkohleveredelung sind neu entstanden. Die jährliche Zuwachsrate bei der Steinkohleförderung betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich rund zehn Prozent. Der gegenwärtige Fünfjahresplan sieht vor, daß sich 1980 die Steinkohleförderung gegenüber 1975 verdoppelt hat. Albanien deckt seinen gesamten Steinkohlebedarf selbst.

Aber der albanische Kumpel hat nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz. Auch gute Arbeitsbedingungen, hohe Arbeitssicherheit und hervorragende Gesundheitsfürsorge sind in einem Maße gewährleistet, von dem der Kumpel an Rhein und Ruhr nur träumen kann. Außerdem haben die Bergarbeiter in Albanien Spitzenlöhne. Sie gehören zu den Berufsgruppen mit dem höchsten Lebensstandard im ganzen Land. Aber werden wir konkreter.

Im albanischen Bergbau wird die fortgeschrittene Technologie angewandt. Über 80 bis 90 Prozent der Arbeiten sind mechanisiert, vollständig mechanisiert sind Streckenvortrieb, Transport usw. Alle Maschinen, Ausrüstungen und Anlagen sind explosionssicher. Beleuchtung, Wetterführung, Abwasserführung, Wasserhaltung und das Grubenwarnsystem sind perfekt und erstrecken sich bis zu den weitentfernten Abbaustrecken. Ohne genaue Messungen, ohne Bestimmung des Gehalts an Grubengas in den Wettern, der Luftfeuchtigkeit und der Lufttemperatur darf nicht eingefahren werden. So wurde die Zahl der Unglücksfälle auf ein Minimum reduziert. Alle Schächte, sowohl Haupt- als auch Nebenschächte, sind so ausgebaut, daß man Hunderte von Metern unter Tage bis zur Abbaustelle unter vollkommen normalen Bedingungen arbeiten kann. Die Arbeitsplätze sind geräumig, gut ausgeleuchtet und erhalten ständige Frischluftzufuhr.

Nach dem Ausfahren, wenn der Kumpel Umkleideraum und Waschkaue passiert hat, wird er unter ärztlicher Aufsicht in einem speziellen Raum einige Minuten mit Ultraviolett-Licht bestrahlt, um die Sonnenenergie zu ersetzen, die er während der Arbeit unter Tage entbehren mußte. In allen albanischen Bergwerken gibt es Gesundheitszentren, die rund um die Uhr dienstbereit sind. Alle sechs Monate wird jeder Bergarbeiter von einem Facharzt gründlich untersucht. Natürlich gibt es kostenlos Antidode (Gegengifte), vor allem Milch.

Die unter Tage Arbeitenden erhalten in Albanien einen höheren Lohn als Werktätige anderer Sektoren. So erhält der Bergmann im Durchschnitt einen Lohn, der dem Gehalt eines stellvertretenden Ministers gleichkommt. Ein Bergarbeiter, der zehn Jahre unter Tage gearbeitet hat, hat mit 50 Jahren Anspruch auf Rente. Die Rente beträgt 70 Prozent des Durchschnittslohns von drei Arbeitsjahren, die der Betroffene sich aus den letzten zehn Jahren selbst aussuchen kann. Der bezahlte Jahresurlaub der Grubenarbeiter ist doppelt so lang, wie der der Werktätigen anderer Sektoren. Sie haben Vorrang bei der Zuteilung von Plätzen in Erholungsheimen und müssen oft gar nichts, ansonsten nur sehr wenig für den Aufenthalt dort bezahlen. Bei Arbeitsunfähigkeit erhält der Grubenarbeiter, egal, ob er im Krankenhaus liegt oder zu Hause behandelt wird, Krankengeld in Höhe von 95 Prozent seines Lohnes. Ärztliche Behandlung und Betreuung ist vollständig kostenlos.

An ihren Worten sollt ihr sie erkennen

Preisfrage: Wer redet hier?

„Niemand bestreitet, daß sich gerade in den vergangenen Monaten die geologischen Verhältnisse so enorm verschlechtert haben, daß dies auch Auswirkungen auf den weiteren Abbau hat... Hinzu kommen Klimawerte, die bis an die Grenze des gesetzlich Erlaubten gehen. Hinzu kommt die energiepolitische Gesamtlage, wobei besonders die 35 Millionen Tonnen Haldenbestände zu Buche schlagen. Der Schachtanlage Waltrop wäre mit Sicherheit zu helfen gewesen, wenn sich die Bundesregierung entschlossen hätte, statt der bewilligten Subventionen in Höhe von 568 Millionen Mark die geforderten 900 Millionen Mark zu zahlen. Denn um Waltrop unter den gegebenen Voraussetzungen weiter zu betreiben, brauchten **wir** viel Geld. **Uns** dafür die Mittel zur Verfügung zu stellen, scheint niemand bereit."

Falsch geraten! Nicht der Chef der Ruhrkohle AG (RAG) spricht hier, sondern Betriebsratsvorsitzender Horstmann. Viele Kollegen sagen: „Diese Erklärung hätte genausogut die RAG selber verfassen können." Um sicher zu gehen, daß die Kollegen nicht auf falsche Gedanken kommen, fügte Horstmann noch schnell hinzu, daß weder Demonstrieren noch Argumentieren die Stilllegung verhindern können. Adolf Schmidt — Chef der IGBE, stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der RAG und Abgeordneter des Bundestages — will da nicht nachstehen. Im letzten Herbst schwor er Stein und Bein (siehe „Einheit" vom September 77), als es um die Stillegung von fünf Kokereien ging): „Dies ist für uns in absehbarer Zeit die letzte Stillegung, der wir — die Arbeitnehmer — zustimmen. Mit uns kann man in naher Zukunft über Kokerei- oder Schachtanlagenstillegung nicht mehr reden."

Und hier eine Auswahl weiterer Lügen:

— „Es ist nie, auch nicht im entferntesten daran gedacht worden, die Zeche Waltrop zu schließen. Ganz im Gegenteil" (Vorstand der Bergbau AG Westfalen im Oktober 1977).

— „Auf Waltrop räumt nur einer den Arbeitsplatz — und das bin ich" (Werksdirektor Josef Lappe am 12. November 1977, als er in den Aufsichtsrat der RAG in den USA ging).

— „Kohlekraftwerke in den Rieselfeldern sichern Arbeitsplätze auf ‚Waltrop', ‚Ewald-Fortsetzung' und ‚General Blumenthal'" (DGB-Kreisvorsitzender Mohrenstecher am 26. September 1977).

— „Kein Waltroper Bergmann wird gegen seinen eigenen Willen entlassen!" (Arbeitsdirektor Ziegler auf der Betriebsversammlung am 27. Mai 78).

Gespräche vor dem Werkstor

Kurz entschlossen setzten wir uns ins Auto und fuhren nach Waltrop. Bewaffnet mit einigen Exemplaren der „RGO-Nachrichten" und einem Stapel RGO-Broschüren. So stellten wir uns vor's Tor der Zeche. Es war Mittagszeit, Schichtwechsel. „Mahlzeit, Kollege! Wir kommen von den ‚RGO-Nachrichten' und wollen einen Bericht über die Stillegung schreiben..."



Redakteure der „RGO-Nachrichten" im Gespräch mit Kumpels der Zeche in Waltrop.

Eine ganze Reihe Kollegen hatte Zeit für uns. Die meisten haben früher auf anderen, inzwischen stillgelegten Zechen gearbeitet, bevor sie auf Waltrop verlegt wurden. Und jetzt, in einem knappen Jahr, soll auch dieser Pütt tot sein. Es sind teilweise ältere, sehr erfahrene und klassenbewußte Kumpels. Sie wissen auch von früheren Kämpfen gegen Zechenstillegungen zu berichten, etwa von der Fahrt nach Bonn, wo sie demonstrierten, das war 1966, oder von den Demonstrationen 1958. „Schon damals, der Adenauer, hatte das Ziel, alle Zechen mit der Zeit dichtzumachen, bis auf acht oder zehn Großschachtanlagen. Und davon sind die da oben nie abgegangen. Auch die jetzige Regierung nicht."

Und wie steht's mit der Gewerkschaftsführung? fragen wir. „Ach die!" Die Antworten sind verbittert. „Die stecken doch selbst dick drin in dem dreckigen Geschäft." Ein älterer Kumpel: „Mein Grundsatz ist, was ich denke, sage ich auch. Schon bei der Stillegung der Zeche, auf der ich früher war, hab ich nicht stillgehalten und hab den Mund aufgemacht. Sofort sagten die Vorgesetzten und auch die Gewerkschaftsvertreter, ich sei ein Kommunist. Und hier ist es das gleiche. Obwohl ich mich da ja schämen muß: Trotzdem ich seit 30 Jahren in der IG Bergbau bin, muß ich sagen, das ist die schlechteste Gewerkschaft, die's gibt."

Ja, empört sind die Kollegen alle über die Stillegung und über das ganze Zechensterben. „Da lügen die von wegen Sicherung der Arbeitsplätze. Aber es geht denen nur um's Geschäft, um Profit. Jede Regierung macht das so. Wen willst du denn noch wählen? CDU? Die sowieso nicht. Und die SPD kannst du auch vergessen! Wie man hier das Volk betrügt! Mann, die züchten sich doch geradezu die Terroristen."

Die meisten Kollegen, zuerst noch etwas resigniert, stimmen uns zu, wenn wir sagen: „Da muß doch dagegen gekämpft werden, das darf der Arbeiter sich doch nicht gefallen lassen!" Einer meint: „Hier im Pütt fehlt jemand, der das in die Hand nimmt. Dabei müssen wir doch denen da oben endlich mal unsere Kraft zeigen, daß die das Fürchten kriegen." Einige Kumpels verabschieden sich von uns mit der Frage: „Kommt ihr wieder, wollt ihr nicht mal was machen?" Einige Kollegen versprechen uns sogar, beim Schreiben eines Flugblatts mitzuhelfen. Vielleicht gibt es bald auch auf dieser Zeche eine RGO-Gruppe. Und vielleicht kann sogar die Stillegung noch verhindert werden. Noch ist nicht aller Tage Abend auf Waltrop...

10 Jahre Notstandsgesetze

Der legale Weg zum Faschismus

Am 29. Mai 1968 peitschte der Bundestag mit Stimmen von CDU, SPD und FDP in dritter Lesung die Notstandsgesetze durch. Gegen den Widerstand von Zigtausenden Arbeitern, die mit Streiks und Demonstrationen gegen die NS-Gesetze kämpften. Gegen den Widerstand von zahllosen Studenten, die mutig gegen die Verabschiedung dieser faschistischen „Ermächtigungs"-Gesetze auftraten. Denn diese Gesetze ermöglichten es der Bourgeoisie, auf legale Weise eine faschistische Diktatur zu errichten!

Bereits seit 1960 unternahm die Bundesregierung Anstrengungen, um die gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung einer Notstandsdiktatur zu schaffen. Im April 1960 brachte der damalige Innenminister Schröder den ersten Entwurf ein. SPD und DGB-Apparat allerdings zierten sich noch, offen für diese faschistischen Gesetze einzutreten. Schon damals aber galt ihr „Nein" nicht der Legalisierung einer faschistischen Diktatur, sondern allein dem „vorliegenden Gesetzentwurf". Leber im Jahre 1966, damals noch Vorsitzender der IG Bau: „Die bisherige Ablehnung dieser Gesetzesvorlagen erfolgte nicht aus prinzipieller Opposition. Die Gesetzesentwürfe waren schlecht..."

Verrat von SPD und DGB-Apparat

1962 unternahm der neue Innenminister Höcherl einen zweiten Anlauf. Auch jetzt noch kehrten SPD und DGB-Apparat zum Schein ihre Opposition gegen Notstandsgesetze hervor. Doch die Zusammenarbeit mit der CDU zur Durchsetzung der NS-Gesetze nahm bereits konkrete Formen an. So lehnte die SPD zwar die „Notstandsverfassung" ab, stimmte im Sommer 1965 aber dreien der sogenannten „einfachen Notstandsgesetze" zu. Darunter den „Schutz"-Gesetzen, die die Zwangsarbeit für Werktätige festlegten.

Und die DGB-Bonzen erklärten bereits in diesen Tagen, daß sie jeden entschlossenen Kampf abwürgen würden. Brenner auf dem 7. Gewerkschaftskongreß der IG Metall 1962 in seinem Schlußwort: „Wenn man uns fragt, ob wir gegen ein Gesetz streiken werden, das auf demokratische Weise mit Zweidrittelmehrheit des Bundestages zustande kam, können wir nur mit einem ‚Nein' antworten." Und ebenso beschloß der DGB-Kongreß in Hannover 1962 mit Mehrheit, Notstandsgesetze „trotz prinzipieller Ablehnung widerstandslos hinzunehmen".

Im Frühjahr 1966 gab es dann, so Innenminister Lücke, unter allen bürgerlichen Parteien „Einigkeit, daß unser Grundgesetz durch Vorsorgebestimmungen für den Notfall ergänzt werden muß". Denn die Wirtschaftskrise 66/67 beendete die relative Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft in der Bundesrepublik. Die Arbeiter traten mit Streiks und Demonstrationen auf den Plan.

Daß die Notstands-Gesetzgebung eine Antwort auf diesen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung war, bekannte Lücke offen in einem Rundfunkinterview. Er erklärte, er sehe keine Gefahr, „solange die Sonne der Konjunktur scheint", aber wenn erst „einmal fünf, sechs Millionen Arbeitslose da sind", dann beginne der Notstand — nicht zuletzt, weil dann „die hohe Zeit für die Agenten des Kommunismus" beginne. „Für den Augenblick müssen wir uns vorbereiten und für den Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten."

Zwangsarbeit und Streikverbot

Und was sieht die Bourgeoisie „für diesen Augenblick" vor? Die faschistische Diktatur, der offene Terror der Monopolbourgeoisie. Nach diesen „Notstands"gesetzen kann die Regierung etwa im „Rahmen der Vorbereitung auf den sogenannten Verteidigungsfall"

— alle Männer vom 18. Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichten,

— alle anderen zu Arbeitsverhältnissen im „Bereich der Versorgung der Zivilbevölkerung" zwangsverpflichten,

— die Freiheit der „Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben" verbieten (Grundgesetz Artikel 12 a).

Dieses bedeutet in der Praxis: das bisher freikündbare Arbeitsverhältnis wird zur Zwangsarbeit, Streiks sind verboten, die Kapitalisten können wie zur Nazi-Zeit die Löhne uneingeschränkt diktieren! Angeblich soll sich diese Notstandsdiktatur nicht gegen „Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ... geführt werden." (Grundgesetz Artikel 9). Dies ist nichts als Augenwischerei, der Arbeitsrechtler Prof. Rüthers aus Berlin nannte die Formulierung offen „Gesetzgebungstaktik". Er hielt fest, daß nach der geltenden Notstandsregelung praktisch jeder Streik rechtswidrig ist. Und ebenso der Jurist Franz Bauer, „weil die Arbeitsplätze, an denen sie (die Arbeitsverpflichteten) stehen, nach der arbeitsrechtlichen Lehre und Rechtsprechung zumindest zur Notstandszeit grundsätzlich nicht bestreikt werden dürfen, ganz gleich, wer sie einnimmt".

Ähnlich faschistische Maßnahmen können laut Grundgesetz nun auch gegen andere Werktätige angewendet werden. Zum Beispiel gegen die Bauern. Das „Ernährungssicherstellungs-Gesetz", eines der sogenannten „einfachen Notstandsgesetze", ermöglicht der Regierung bereits im Frieden, den Bauern zu befehlen:

— Landwirtschaftliche Betriebe „vorübergehend" stillzulegen, zu verlagern, umzustellen, zu eröffnen;

— Preise, Kostenansätze, Handelsspannen, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen festzulegen;

— die Gewinnung, Herstellung, Ablieferung, Bearbeitung und Verarbeitung, die Verpackung und Kennzeichnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie die Haltung von Tieren vorzuschreiben.

Offensichtlich ein Gesetz, das seinen Vorläufer in den Kriegswirtschaftsordnungen des Hitler-Faschismus hat und die Bauern zu Sklaven macht.

Bewaffneter Terror

Es ist bezeichnend für den faschistischen Charakter dieser Notstandsgesetze, daß sie für den „Spannungsfall" die Ausschaltung des Parlamentes vorsehen und damit die Formen der bürgerlichen Demokratie als überflüssig beiseite schieben. Der sogenannte „Gemeinsame Ausschuß" als höchstes Machtorgan der Notstands-Diktatur kann unabhängig von Bundestag und Bundesrat, unkontrolliert und willkürlich Gesetze erlassen, die Bevölkerung tyrannisieren und Militär und Polizei gegen sie einsetzen.

Denn die Notstandsgesetze sprechen der Regierung das „Recht" zu, nicht nur im Fall „einer äußeren Bedrohung", sondern auch zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung" Militär gegen das eigene Volk einzusetzen, demonstrierende und kämpfende Arbeiter niederzuschießen!

Die Bürgerkriegsmanöver der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und der Sondertruppen der Polizei zeigen, daß dieser Paragraph keineswegs Papier ist, sondern die gesetzliche Grundlage für den faschistischen Terror in einer für die Bourgeoisie kritischen Situation. Dann, wenn breite Teile der Bevölkerung das kapitalistische System satt haben. „Wenn organisierte und militärisch bewaffnete Aufständische" gegen die bewaffnete Gewalt der Bourgeoisie auftreten, wie es deutlich genug in diesem Bürgerkriegsparagraphen heißt. Kurz: dann, wenn eine revolutionäre Situation eintritt.

Nichts anderes haben die Notstands-Gesetzgeber vor Verabschiedung der NS-Gesetze in der Übung „Fallex 66" trainiert. Die Süddeutsche Zeitung" vom 24. Oktober 1966 beschrieb die Manöverübung: „Draußen fließt unterdessen Manöverblut. Feldpolizei und Panzergrenadiere schießen den vorrückenden Kolonnen die Autobahn nach Hannover frei. Der Feind, das sind panisch-entsetzte Bundesbürger in ihren Opels und Fords." Während dieser Übung entschied der sogenannte „Gemeinsame Ausschuß" zahlreiche faschistische Verordnungen. Nämlich „Schubladen-Gesetze", die für den Fall der Errichtung der faschistischen Diktatur bereits vom Innenministerium ausgearbeitet vorliegen.

So wurden während dieser Fallex-Übung Lebensmittelkarten ausgegeben, Standgerichte errichtet, Streiks verboten, Demonstrationen niedergeschlagen und Aufrufe zur „Ruhe und Ordnung" erlassen. „Übungsmäßig" wurden Personen festgenommen, bei denen „Anhaltspunkte für den Verdacht auf Hochverrat und Staatsgefährdung vorliegen". Der Ausschuß beschloß, bestimmte Personen, die auf Listen des Verfassungsschutzes registriert sind, „festzunehmen und in Schutzhaft zu überführen".

Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Die Partei hat in ihrem Programm analysiert: **„Angesichts der Unvermeidlichkeit des Heranreifens einer revolutionären Situation verschärft die Bourgeoisie, vor allem das Finanzkapital, die Vorbereitungen, um die für die rücksichtslose, blutige Niederschlagung der Arbeiterklasse hinderliche Maske der bürgerlichen Demokratie fallenzulassen, selbst die wenigen von den Werktätigen erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten abzuschaffen, um zur offen terroristischen, faschistischen Form ihrer Klassenstruktur zu greifen. Die Bundesrepublik war bereits mit ihrer Gründung auf reaktionäreren gesetzlichen Grundlagen als die Weimarer Republik entstanden. Seitdem aber wurde von der Bourgeoisie systematisch die Faschisierung des Staatsapparates vorangetrieben: durch die Verschärfung der Staatsschutzgesetze, durch das KPD-Verbot, durch den Aufbau und ständig forcierten Ausbau der Bürgerkriegstruppen, durch den Ausbau des geheimdienstlichen Überwachungs- und Spitzelapparates usw. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition von CDU und SPD hat sich die herrschende Klasse die gesetzliche Grundlage geschaffen, auf der sie bei einer für sie kritischen Zuspitzung der Klassenkämpfe die offen faschistische Diktatur legal errichten kann, wenn die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen nicht durch die sozialistische Revolution die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur verhindern."**

Es ist ein deutliches Zeichen für die immer zunehmendere Faschisierung dieses Staates, daß die „Notstands"gesetze, die vor zehn Jahren für die „Ausnahme-Situation" in das Grundgesetz aufgenommen wurden, teilweise schon in die „normale" Gesetzgebung Einzug hielten. So hieß es 1968 bei der Grundgesetzänderung, daß die Bundesregierung „im Verteidigungsfall, soweit es die Verhältnisse erfordern, den Bundesgrenzschutz im gesamten Bundesgebiet einsetzen" kann (GG Artikel 115). Und im Fall des „inneren Notstands" (Artikel 91). Inzwischen ist der BGS per Gesetz zur Bürgerkriegstruppe aufgerüstet worden und jederzeit im Bundesgebiet einsetzbar! Andere Punkte der Notstandsgesetze werden in der Praxis angewandt — etwa bei der Schleyer-Fahndung im letzten Herbst usw. usf.

Kämpfen wir gegen die Faschisierung des kapitalistischen Staates unter dem Deckmantel der „Rechtsstaatlichkeit"! Mit den „Notstands"-gesetzen hat sich die Bourgeoisie den Weg freigemacht, „rechtmäßig" eine faschistische Diktatur über die Werktätigen zu errichten. Im Namen des Grundgesetzes! Im Namen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung", die nichts anderes ist als die Diktatur der Bourgeoisie. Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk! Nieder mit dem Notstands-Grundgesetz!

„Aus den Notverordnungen"

Die „Notverordnungen" wurden während der Notstandsübung „Fallex 66" durch den „Gemeinsamen Ausschuß" aus Abgeordneten aller Bundestagsparteien beschlossen.

„Der Bundesgrenzschutz ist ein Teil der bewaffneten Macht der BRD. Die ihm angehörenden Polizeivollzugsbeamten und sonstigen uniformierten Beamten sind berechtigt, mit der Waffe an militärischen Kampfhandlungen teilzunehmen. . ."

„Eine Person kann in polizeilichen Gewahrsam genommen werden, wenn erhebliche oder tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, daß sie Handlungen begeht, fördert oder veranlaßt, die strafbar sind als Hochverrat, Staatsgefährdung, Landesverrat, Straftat gegen die Landesverteidigung oder gegen die drei Mächte."

Im Notstandsfall kann der Bundesminister des Innern Vereinigungen, die durch ihren Zweck, ihre Tätigkeit oder das Verhalten ihrer Anhänger die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik erheblich stören oder gefährden, zeitweilig verbieten."

„Wer unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art, deren Verbreitung geeignet ist . . .
— in der Bevölkerung Angst oder Schrecken zu erregen, zum Zwecke der Verbreitung ausstellt oder verbreitet, wird mit Gefängnis bestraft, soweit die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist. Der Versuch ist strafbar."

„Ein Wehrpflichtiger, der unbefugt . . .
— die BRD verläßt oder
— sich außerhalb der BRD aufhält, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Handelt der Täter in der Absicht, sich der Erfüllung der Wehrpflicht dauernd oder zeitweise zu entziehen, so ist die Strafe Gefängnis. Der Versuch ist strafbar."

„Die Herstellung von Flugblättern und Flugschreiben ist untersagt."

„Die Veranstalter von Rundfunksendungen sind verpflichtet, auf Weisung der Bundesregierung oder der von ihr bestimmten Behörde gemeinschaftliche Programme zu senden."

DKP: „Auf dem Boden des Grundgesetzes!"

Die Revisionisten der KPD, die sich bald darauf als DKP neu formierten, zeigten schon damals ihr wahres Gesicht: Verrat an der Arbeiterklasse, Verrat am revolutionären Kampf. So verbreitete der damalige Sektretär des Landeskuratoriums „Notstand der Demokratie" NRW Bernd Hartmann, heute Mitglied des Parteivorstandes der DKP, ähnlich wie jetzt in der UZ vom 12.5.78: „Die Gewerkschaften waren von ihrer Organisiertheit, Stärke und ihrem Klassencharakter her die natürlichen Kristallisationszentren der demokratischen Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze. Ihrem Kampf ist es vor allem zu verdanken, daß die Bundesregierung fast zehn Jahre lang ihre Notstandspläne nicht verwirklichen konnte." Und dies, obwohl die Bonzen von Anfang an den politischen Streik gegen die Notstandsgesetzgebung als „undemokratisch" verteufelt hatten! Obwohl mehr als 150 DGB-Mitglieder im Bundestag den NS-Gesetzen zugestimmt haben!

Geichzeitig versuchten die Revisionisten, die Bewegung auf die „Verteidigung des Grundgesetzes" zu orientieren. Mit dem Argument, die Notstandsgesetze „unterhöhlten die demokratischen Substanz des Grundgesetzes". Sie zeigten damit deutlich ihre Absicht, die Werktätigen vom revolutionären Kampf gegen diesen kapitalistischen Staat und sein Grundgesetz abzuhalten. Heute, wo die Notstandsgesetze schon zehn Jahre lang Bestandteil des Grundgesetzes sind, sprechen sie weiterhin von der „Verteidigung des Grundgesetzes". Ja, die DKP betont, „auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen". Des Gesetzes also, das der Bourgeoisie die legale Errichtung einer faschistischen Diktatur möglich macht, das Terror und Unterdrückung rechtfertigt!



Vor zehn Jahren, in den Monaten Mai und Juni, war Frankreich der Schauplatz eines mächtigen revolutionären Sturms der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Ein Generalstreik, der zehn Millionen Werktätige einschloß, lähmte die Wirtschaft des Landes. Auf den Straßen tobten heftige Schlachten mit den bewaffneten Organen der Bourgeoisie. Auch weite ländliche Regionen waren von den Kämpfen erfaßt, und in den Städten eilten Tausende von Studenten den Arbeitern zu Hilfe. Die Bourgeoisie und ihre Staatsmacht wankten unter diesem mächtigen Ansturm der Arbeiterklasse und des Volkes. Nur den revisionistischen Verrätern war es zu verdanken, daß sie ihre Macht wieder festigen konnten. Die revolutionären Ereignisse von 1968 belegen die Tatsache, daß die Revolution nicht nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern auch ein Problem, das zur Lösung ansteht. Und sie zeigten die Notwendigkeit einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei, unter deren Führung die Arbeiterklasse den revolutionären Kampf siegreich zu Ende führen kann.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

„Anti-Terror-Gesetze" in Westberlin angewandt

Polizeikontrollstellen an Straßen und U-Bahn-Stationen

Der Schüler Peter Mansfeld* unternahm in der letzten Woche mit seinem Auto eine Spazierfahrt durch Westberlin. Dabei hatte er eine Ausgabe von „Das da". Dieses politische Magazin, an allen Kiosken erhältlich, wurde ihm zum Verhängnis. Er geriet in eine Polizeikontrolle — und sechs Stunden später war die Polizei bei ihm in der Wohnung. Hausdurchsuchung!

Nicht viel besser erging es einem anderen Schüler. Er hatte auf dem Weg zur Schule einen Videorekorder in seinem Wagen, weil seine Klasse sich einen Film über Videorekorder ansehen wollte. Auch er geriet in eine Polizeikontrolle, erweckte Verdacht. Die Polizei nahm ihn mit auf die Wache, dort mußte er nicht nur den Film auf seinem Gerät vorführen, sondern wurde auch einem regelrechten Verhör unterzogen: Ob das Gerät tatsächlich ihm gehöre, ob es auch bezahlt sei, wo er es gekauft habe. Erst nach einem Rückruf bei der Firma konnte er wieder gehen.

Solche und ähnliche Fälle sind seit Mitte der letzten Woche Westberliner Alltag. Denn seit dem 1. Juni ist dort — zum ersten Mal — eines der kürzlich beschlossenen „Anti-Terror-Gesetze" in Kraft. Das Kontrollstellengesetz. Drei Monate lang (!) hat die Polizei danach das Recht, „auf Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Einrichtungen" die Personalien jedes Werktätigen zu kontrollieren, jedes Fahrzeug zu kontrollieren und bei jedem Leibesvisitation vorzunehmen. Wer keinen Ausweis bei sich hat, wird mitgenommen und kann — ganz legal — bis zu 48 Stunden festgehalten werden. Angeblich soll diese Maßnahme dazu dienen, den aus dem Gefängnis befreiten Till Meyer und seine Helfer zu finden. Gegenüber der Presse erklärte die Polizei ausdrücklich, diese Maßnahme soll sich nicht gegen die Bürger richten. Man wolle nur „gezielt zugreifen, wo wir es für wichtig und nötig halten". Was die Polizei für „wichtig und nötig" hält, zeigt die Praxis: Die Überwachung, Einschüchterung und Schikanierung der Werktätigen und der Jugend.

* Name von der Redaktion geändert.



Eine Kontrollstelle, an der die Polizei jeden kontrollieren und einer Leibesvisitation unterziehen sowie jedes Auto durchstöbern kann.

Bundesgrenzschutz:

Millionen Urlauber bepitzelt

Diese unerhörte Bespitzelung aller Reisenden an den Grenzen wurde durch die Veröffentlichung einer „Schwarzen Liste" bekannt, die jedem BGS-Beamten vom Innenministerium in die Hand gedrückt wurde. 239 sogenannte „linksextremistische" Organisationen sind dort aufgeführt: Frauengruppen, Bürgerinitiativen, Elternräte, Berufsverbote-Komitees und natürlich auch die KPD/ML. Und eine zweite Liste mit 287 Zeitungen und Zeitschriften: darunter „Konkret", „Kursbuch", „Eltern" und „Schule", der „Rote Morgen" usw. Wird eine dieser Zeitschriften im Reisegepäck gefunden, meldet der Bundesgrenzschutz dies an den Verfassungsschutz oder an den Bundesnachrichtendienst. Und der Name des Reisenden landet im Computer; zu den bereits drei Millionen Bundesbürgern, die dort als „verdächtig" registriert sind.

Diese Gesinnungsschnüffelei an den Grenzen im Auftrag des Verfassungsschutzes zeigt deutlich, welches Ausmaß das Netz der Bespitzelung und Denunziation in diesem Staat bereits angenommen hat. Und zwar keineswegs zur Kontrolle von Neonazis oder faschistischen Gruppen — sie tauchen in keiner Bundesgrenzschutz Liste auf —, sondern allein zur Verfolgung fortschrittlicher und revolutionärer Menschen und Organisationen. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht, jede Behörde, jede Dienststelle. „Amtshilfe" nannte Innenminister Maihofer diese Spitzelei für den Verfassungsschutz. Und diese „Amtshilfe" macht nicht nur der Bundesgrenzschutz! Das Verfassungsschutzgesetz, etwa aus Niedersachsen, verpflichtet alle Beamten und Angehörigen von öffentlichen Anstalten, von sich aus „verfassungsfeindliche Bestrebungen" zu melden. Also jedes Jugendamt, jeden Bahnschaffner, jeden Postboten... Und was als „verfassungsfeindlich" gilt, zeigen die „Schwarzen Listen" des BGS nur allzu deutlich!

Bundesinnenminister Maihofer hat nach der Veröffentlichung der „Schwarzen Listen" die Listen einziehen lassen. Aber bespitzelt wird weiter! Dreist ließ das Innenministerium mitteilen, das „entsprechende Wissen" den BGSlern nun durch Schulung mitzuteilen. Und der Unterschied? „Der Unterschied zwischen geordneten Listen und Schulung bedeutet, daß das eine schriftlich und das andere mündlich ist." Also kein Unterschied. Nur — die Bespitzelungspraxis kann nicht mehr durch schriftliche Dokumente an die Öffentlichkeit gelangen. Kampf der staatlichen Bespitzelung!

Mit der Dienstpistole

München. Am 1. Oktober 1975 überfiel ein 23jähriger Gangster die Lotto-Stelle am Sendlinger-Tor-Platz, bedrohte mit einer Pistole die Inhaberin und raubte 500 DM. Inzwischen konnte der Täter nach einem weiteren Raubüberfall auf eine Sparkasse in Gaimersheim festgenommen werden. Franz L. war zur Zeit des Überfalls Bereitschaftspolizist in München und bis 1977 Polizeibeamter.

Zensur im ZDF

Am 1. Juni sollte im ZDF der Film „Der ganz faire Prozeß des Marcel G." von Hans-Peter Meier laufen. Er behandelt die authentische Geschichte eines Münchners, der in den Verdacht gerät, Hintermann jenes Bankraubs in der Münchner Prinzregentenstraße zu sein, bei dem die Polizei die Bankangestellte Ingrid Reppel niederschoß. Programmdirektor Stolte vom ZDF hat die Absetzung des Films beschlossen. Er verlangte vom Regisseur, drei Szenen herauszuschneiden, der Regisseur jedoch weigerte sich. Bezeichnenderweise sollten herausgeschnitten werden: eine Hausdurchsuchung im Dunkeln, nachgespielte Bankraubszenen und eine kurze Sequenz, wo sich ein Justizwachtmeister mit gezogener Dienstwaffe fotografieren läßt.

Es darf gehetzt werden

Karlsruhe. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, daß der Tagesschau-Kommentator Matthias Walden (richtiger Name: Freiherr von Sass) ungestraft den Schriftsteller Heinrich Böll in einem Tagesschau-Kommentar am Tag der Beerdigung des hingerichteten Gerichtspräsidenten Drenkmann der „geistigen Mittäterschaft" bezichtigen konnte. Dieser Kommentar war einer der Höhepunkte der „Sympathisanten-Hetze", mit der die Bourgeoisie jede kritische Stimme gegen die Faschisierung unterdrücken will. Ein besonderer Hohn ist es, daß der Bundesgerichtshof diese Hetze mit dem „Recht auf freie Meinungsäußerung" verteidigte.

Freispruch im Grohnde Prozeß

Hannover. Klaus Hahn, mit dem der „Rote Morgen" in seiner letzten Ausgabe ein Interview führte, wurde am Montag letzter Woche freigesprochen! Staatsanwalt und Gericht mußten nach der Vorführung des Polizeifilms, der die Polizeiaussagen als Lüge entlarvt hatte, einräumen, daß nun „die Beweislage nicht ausreiche, um ihn zu verurteilen". Dies ist der erste Freispruch in einem Grohnde-Prozeß. Genosse Klaus Hahn hat in seinem Schlußwort Freispruch auch für die anderen Demonstranten, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, gefordert. Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!

Überwachung von Buchbestellungen

Passau. Eine Kundin bestellte in der Buchhandlung ein schwedisches Buch über die RAF. Daraufhin passierte folgendes: Das Buch wurde auf dem Weg zur Buchhandlung beschlagnahmt, die Polizei fragte die Buchhändlerin unter Androhung von Schwierigkeiten nach dem Namen des Kunden und teilte ihr schließlich mit, daß sie unter Beobachtung stehe. Offensichtlich gibt es Absprachen des Bundesinnenministeriums mit den Ländern, Buchhandlungen und Buchbestellungen zu überwachen! Dies ist nach der bekanntgewordenen Schnüffelei in Bibliotheken eine Ausweitung der staatlichen Bespitzelung von Buchlesern.

Buch beschlagnahmt

Hamburg. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat beim Jürgen-Reents-Verlag Exemplare des Buches „Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD — Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" mit der Begründung beschlagnahmt, dieses Buch verunglimpfe den Staat (§ 90 a). In der Begründung heißt es: „Die Bundesrepublik wird als Polizeistaat bezeichnet, in dem planmäßig von der Regierung und von allen Parteien (und der „Bourgeoisie") die Faschisierung vorangetrieben wird. Durch die Wortwahl, durch die Art und Weise der Darstellung wird das Bild eines Unrechtsstaates vorgegaukelt... Wegen der Maßlosigkeit und ihrer übersteigerten Ausdrucksweise sind die Äußerungen besonders verletzend und damit als Beschimpfung der Bundesrepublik anzusehen." Diese Beschlagnahme ist ein neuer, eklatanter Fall von Zensur und Unterdrückung der Meinungsfreiheit!

Filbinger billigt Nazi-Methoden

Stuttgart. Der ehemalige Nazi-Richter und Immer-noch-Ministerpräsident Filbinger war, wie letzte Woche bekannt wurde, bei der Studenten-SA in Freiburg aktiv, die in den ersten Jahren des Dritten Reiches nicht gleichgeschaltete Professoren und Studenten terrorisierte. Daß Filbinger diesen Nazi-Geist noch immer billigt, zeigt der Brief an eine Gruppe von „Bürgern", die die Lesung der Schriftstellerin Luise Rinser durch Diffamierung („Sympathisantin der Terroristenszene") verhindert hatte. Aus dem Brief des Stuttgarter Staatsministeriums: „Sie haben im Fall Rinser einen klaren und begründeten Standpunkt bezogen... Über die von Ihnen bewiesene Zivilcourage hat sich der Herr Ministerpräsident gefreut und wünscht Ihnen für Ihr politisches Wirken weiterhin viel Erfolg."

Maifeier der Neo-Nazis

Frankfurt. Zu einer „rituellen Maifeier" trafen sich am 1. Mai in provokatorischer Absicht in einer Frankfurter Gaststätte etwa 20 Neonazis. Eingeladen hatte H. Beier, Gründer der „Kampfgruppe Großdeutschland". Unter anderem war auf diesem Treffen als Redner Michael Kühnen von der Hamburger „Hansa-Bande". Er forderte: „Ausländer raus! Aufhebung des NSDAP-V[illegible]bots! Wiederherstellung der großdeutschen Grenze! Demnächst gemeinsame Aktionen gegen die Kommunisten!" Vor der Tür des Lokals wachten laut „Frankfurter Rundschau" Kripobeamte in Zivilwagen. Ihre Aufgabe: Nicht die Verhinderung dieser Nazi-Propaganda, denn sie griffen nicht ein, sondern Einsatz gegen Antifaschisten, falls sie auftauchen sollten!

Nieder mit der braunen Pest!

Das verstärkte Auftreten der Nazibanden, das von diesem Staat in jeder Weise gefördert wird, ruft zunehmend Empörung und Kampfbereitschaft unter den Werktätigen hervor. In den letzten Tagen und Wochen kam es zu vielen Aktionen von Antifaschisten gegen provokative Versuche der Nazibanden, ihre Hetze in der Öffentlichkeit zu betreiben.

Wanne-Eickel: Antifaschisten zerschlagen NPD-Stand

Am Samstag morgen bauen in der Fußgängerzone in Wanne-Eickel NPD-Faschisten, die teilweise provokativ mit schwarzen Uniformen bekleidet sind, einen faschistischen Propagandastand auf. Zu ihrem Schutz sind ein Polizeiwagen und zwei Polizisten auf Motorrädern im Einsatz. Viele Passanten empören sich über das provokative Auftreten der braunen Banditen.

Plötzlich geschieht es. Eine Gruppe junger vermummter Antifaschisten taucht auf, fährt mit Stöcken bewaffnet zwischen die Faschisten. In Sekundenschnelle ist der Propagandastand zertrümmert. Ein Faschist hat nun eine blutige Schramme im Gesicht, einem anderen sind, wie es heißt, die Zähne ausgeschlagen. Nun tritt die Polizei, von dem Ereignis ebenfalls überrascht, zur Verfolgung der mutigen Antifaschisten an. Im weiteren Verlauf der Dinge werden mindestens fünf Personen von der Polizei festgenommen, die für Antifaschisten gehalten werden. Viele Passanten äußern sich, nachdem sie sich von ihrer ersten Überraschung erholt haben, sehr anerkennend über das entschlossene Vorgehen der Antifaschisten. Inzwischen wimmelt es in der Fußgängerzoge von Polizei. Unter Polizeischutz bauen die Nazis ihren Stand zum zweiten Mal auf. 200 bis 300 Antifaschisten formieren sich, bilden Ketten. Ein Genosse, der mit einem Megafon eine Ansprache hält, wird von Polizei überfallen, das Megafon beschlagnahmt. Von den Faschisten ist infolge der Protest- und Störaktionen der Nazigegner kaum etwas zu hören und zu sehen, auch wenn die Polizei verhindert, daß die versammelten Menschen den Faschistenspuk ein zweites Mal auseinanderschlagen.

Essen: Nazikundgebung verhindert

Ebenfalls am vergangenen Samstag wollten die „Jungen Nationaldemokraten" eine Kundgebung in der Essener Innenstadt durchführen. Antifaschisten, darunter Genossen unserer Partei, die sich zusammengeschlossen hatten, um in Essen die „Front gegen Reaktion und Faschismus" aufzubauen, machten ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Sie hatten in den wichtigsten Essener Betrieben ein Flugblatt verteilt mit der Überschrift „Nazis raus aus Essen!". Auch Kleber mit gleichlautender Aufschrift wurden gedruckt. Am Samstag sammelten sich auf dem Kurienplatz immer mehr Antifaschisten an. Flugblätter und Aufkleber wurden verteilt und Unterschriften gegen die Zulassung der Nazi-Provokation durch die Behörden wurden gesammelt. Die Bevölkerung reagierte mit großer Sympathie. Teilweise standen die Menschen Schlange, um ihre Unterschrift zu geben.

Als dann bekannt wurde, daß die Faschisten sich am Limbecker Platz treffen wollten, zog der Großteil der Antifaschisten dorthin. Hier war die Polizei mit 20 Mannschaftswagen zum Schutz der Faschisten aufgefahren. Dennoch besetzten etwa 300 Antifaschisten den Platz. Schließlich tauchten 30 Faschisten auf, einer von ihnen mit einer Pistole bewaffnet. Angesichts der Entschlossenheit der antifaschistischen Demonstranten verzogen die Nazitypen sich schnell.

Düsseldorf: „Nazis raus — Bullen raus!"

Am vorletzten Samstag wollten NPD-Faschisten am „Mahnmal für die Opfer des Dritten Reiches" auf dem Nordfriedhof anläßlich des Todestages ihres NS-Helden Schlageter einen Kranz niederlegen. Die Behörden wagten es nicht, die Genehmigung für diese ungeheure Provokation zu geben. Aber sie stellten den Faschisten dafür den Platz vor dem Düsseldorfer Schauspielhaus für eine Kundgebung zur Verfügung. Der Kundgebungsort war mit Absperrgittern und NATO-Draht gesichert. Zum Schutz der Faschisten waren Polizisten in Kampfanzügen und 30 Polizisten mit Schäferhunden angetreten. Insgesamt waren nach Angaben der Zeitungen 500 Polizisten im Einsatz. Auf der anderen Seite der Barrikade sorgten knapp 500 Antifaschisten mit Trillerpfeifen und Sprechchören dafür, daß von der faschistischen Hetzpropaganda kein Wort zu hören war. Ständig provozierten Polizisten in Kampfanzügen und in Zivil und rempelten Menschen an. Da wurden überall Rufe laut wie: „Die haben ja nur die schwarze gegen eine grüne Uniform ausgetauscht!" oder „Nazis raus — Bullen raus!". Aus dem Schauspielhaus hängten dort Arbeitende roten Stoff und ein Transparent heraus mit der Aufschrift: „Nazis raus!"

Leserbriefe

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Was heißt ATH?

Liebe Genossen,
leider passiert es im RM öfters, daß bei Berichten aus Betrieben nicht angegeben wird, in welcher Stadt der Betrieb überhaupt liegt. Zum Beispiel im RM 12/78 der Bericht über die Rote Liste bei Kammerich. Sehr oft ist dies auch bei dem Kasten der Fall, in dem Auszüge aus Betriebs- oder Stadtteilzeitungen der Partei abgedruckt werden. Da ihr immer nur den verkleinerten Kopf der betreffenden Betriebszeitung wiedergebt, weiß man manchmal wirklich nicht, um welchen Betrieb es sich handelt. Vorschlag: im Kasten mit den Betriebszeitungen ganz oben jeweils Betrieb (bzw. Stadtteil) sowie Ort angeben.

Schlecht ist es auch, wenn — wie früher öfters gemacht — als Betrieb z.B. nur HDW oder ATH angegeben ist, ohne die Abkürzung zu entschlüsseln. Mit den Abkürzungen können nämlich nur die regelmäßigen Leser des RM etwas anfangen und diejenigen, die in dem Ort des Werkes wohnen. Bei allgemein bekannten Abkürzungen wie AEG, BASF usw. ist das natürlich etwas anderes.

Rot Front,
Genossen aus Mannheim.

Unsere Meinung: Wir finden die Kritik berechtigt und den Vorschlag gut. Die Redaktion wird in Zukunft verstärkt darauf achten, die betreffenden Orte anzugeben und die Abkürzungen zu „entschlüsseln". Gleichzeitig bitten wir unsere Leser, bei ihren Zuschriften ebenfalls diesen Punkt zu beachten.

Was der Besuch aus der DDR zum „Roten Morgen" sagt

Ich bin ein Leser des „Roten Morgen". Da ich Arbeitnehmer bin, ist diese Zeitung für mich interessant, weil auch ich von den Fabrikanten wie die meisten Arbeiter unterdrückt und ausgebeutet werde. So werde ich von keiner anderen Zeitschrift unterrichtet über die Probleme, die mich als Arbeiter betreffen.

Unter anderem interessierten mich die Artikel aus der DDR, die ich etwas übertrieben fand, weil ich immer annahm, in der DDR sei es sozial weit besser als hier. Ich legte mir mehrere Artikel zurück für einen Besuch, den ich von drüben erwartete. Zum Beispiel: Rentnerarbeit, Kinderarbeit in der Landwirtschaft, Krankenpflege und wie die sogenannte vorbildliche Staatsführung des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates in Saus und B aus lebt, während mancher Rentner oder Arbeiter sich kaum oder schwer seinen Lebensunterhalt ohne Luxusartikel erarbeiten muß. Ich hatte die Absicht, diese Artikel einem guten Bekannten zu geben, der eine Einreise in die BRD bekam. Er ist etwa 35 Jahre alt, ein Arbeiter. Er besuchte mich zwei Wochen und studierte in den „Roten-Morgen"-Zeitungen.

Ich war überrascht, welche Meinung ich aus seinem Munde zu hören bekam über die Artikel und über seine Staatsführung. Er war erstaunt, daß es in Deutschland eine kommunistische Zeitung gibt, die das „kommunistische" System drüben so gründlich kritisiert. Er habe noch nie etwas gehört von einer KPD/ML, aber seine Meinung: Es stimmt alles ganz genau, noch viel zu milde hätte man sich in den Artikeln geäußert.

Wir haben tagelang diskutiert. Er war vom Anfang bis zum Ende des Besuchs immer derselben Meinung. Er berichtete, nur wer den „Spatzenschiß" auf der Jacke hat (er meinte damit das Parteiabzeichen), der kommt vorwärts. Er, viele Kollegen, Bekannte und, soweit er informiert ist, die breite Arbeitermasse, sie alle haben den Kanal gestrichen voll von ihrer ungerechten, aber angeblich vorbildlichen Regierung. Gerechten Kommunismus — ja! Aber nicht das, was jetzt da drüben ist: Ausbeutung und Unterdrückung durch ein paar Millionäre. Mein Freund sagte: „Für uns wird ein wirklicher Kommunismus in der DDR wohl vorerst noch ein Traum bleiben. Hoffentlich nicht für alle Zeiten."

Ein Leser des „Roten Morgen".

Hamburger Wahl

Die Partei breiter bekannt gemacht

Hinter den Hamburger Genossen liegen Wochen, in denen sie mit viel Elan und großer Einsatzbereitschaft den Wahlkampf für die Partei geführt haben. Mit der Unterstützung von Genossen aus anderen Landesverbänden wurden Hunderttausende von Flugblättern vor den Betrieben und in den Arbeitervierteln der Hansestadt verteilt, um die Werktätigen mit den Zielen der KPD/ML bekannt zu machen. In diesen Wochen wurde auf den Straßen und Plätzen Hamburgs mit lebendigen Agitpropstücken für die Partei geworben, wurden unzählige Gespräche mit Hamburger Werktätigen geführt.



Herstellung von Stellschildern



Straßentheater



Kundgebung



Wahlplakate

Immer wieder machten die Genossen dabei die Erfahrung, daß unter den arbeitenden Menschen die Unzufriedenheit wächst mit der Bonner Politik, daß die Bereitschaft zunimmt, den Kampf für die eigenen Interessen auch in die eigenen Hände zu nehmen. Ein wichtiger Schritt war somit die Erarbeitung eines Kampfprogramms für Hamburg, das natürlich auch über den Wahlkampf hinaus Bedeutung hat. Am Sonntag schließlich gaben 911 Hamburger ihre Stimme der KPD/ML. Sicher werden viele Genossen mit einem größeren Erfolg gerechnet haben.

Aber abgesehen davon, daß dieses Ergebnis nicht den wirklichen Einfluß der Partei in der Arbeiterklasse wiederspiegelt, der — wie die Tarifkämpfe und die Kämpfe um revolutionäre Betriebsräte gezeigt haben — wesentlich größer ist. Erfolge hatte die Partei in Hamburg bei der Mobilisierung neuer Kräfte. Das zeigte sich zum Beispiel an der Tatsache, daß bei der Großveranstaltung im Curio-Haus eine Reihe neuer Gesichter zu sehen war. Das zeigte sich auch an unzähligen Beispielen während der Wahleinsätze.

So etwa am letzten Wochenende. Der Kieler Agitproptrupp führte im Stadtpark mit großem Erfolg sein Programm auf. Zwei junge Mädchen waren von dem Auftritt so begeistert, daß sie spontan den Wahlkampf unterstützten und zur Roten Garde Kontakt aufnahmen.

Auch für die im Wahlkampf genutzten Möglichkeiten, die Partei und ihr revolutionäres Programm breiter bekannt zu machen, gibt es viele solcher Beispiele. So konnte der Westberliner Agitproptrupp am Sonnabend bei einem großen Volksfest im Arbeiterviertel Wilhelmsburg auftreten, während Genossen unter den Zuschauern die Flugblätter der Partei verteilten. Für den Auftritt des Agitproptrupps gab es viel Beifall. Und die „Wilhelmsburger Nachrichten" meldeten neben einem Foto des Trupps: „Zufallsgäste. Eine Arbeitertheatergruppe aus Berlin führte zur Freude der Zuschauer ein Stück aus der Arbeitswelt auf."

Eltern erzwingen Lehrereinstellung

Volkskorrespondenz. Am 25.5. und 26.5. führten die Eltern der Grundschule Delfter Straße in Hucking/Bremen einen Schulstreik durch. Worum ging es? Die Vorschulklasse der Grundschule bekam seit acht Wochen nur etwa die Hälfte der ihr zustehenden Unterrichtsstunden. Denn die Lehrerin der Klasse ist bis zum Ende des Schuljahres krankgeschrieben. Die Vertretungslehrerin erhielt nur einen Vertrag über 13 Wochenstunden.

Diesen Zustand duldeten die Eltern der Vorschulklassen keinen Tag länger. Gemeinsam mit den Elternsprechern der übrigen Klassen wurde ein Streik von zwei Tagen Dauer beschlossen. Am ersten Tag des Streiks kamen nur 19 von ca. 600 Schülern in die Schule. Eltern hatten Streikposten vor der Schule aufgestellt und sprachen mit den Schülern und Eltern, die in die Schule wollten. Der größte Teil ließ sich überzeugen und ging wieder nach Hause. Am zweiten Tag erschienen nur noch neun Schüler.

Als ersten Erfolg dieser Streikaktion bekamen die Eltern die Nachricht, daß eine zusätzliche Lehrerin für die Vorschulklasse bereitgestellt wird!

***

Gegen den geplanten Abbau von Lehrerstellen demonstrierten in der letzten Woche Tausende von Eltern, Lehrern und Schülern. Gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz und schlechte Studienbedingungen protestierten in Wiesbaden und Düsseldorf Tausende von Studenten.

Parteiveranstaltungen

Westberlin: 18. 6., 17 Uhr, 1. Frauenveranstaltung der KPD/ML aus Anlaß des 45. Todestages von Clara Zetkin. „Gesellschaftshaus Neukölln", Karl-Marx-Str. 131.
Moers: Veranstaltung zum Prozeß gegen die sechs Antifaschisten. 9. 6., 19 Uhr, Jugendheim Südring am Königlichen Hof. Der Bochumer AP-Trupp tritt auf.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

„Grüne" und „Bunte" — eine Alternative?

Ein herausragendes Ereignis der Wahlen am Wochenende waren zweifellos die Erfolge der grünen und bunten Listen, die relativ hohe Stimmenanteile auf sich vereinigen konnten und wohl hauptsächlich zum Ausscheiden der FDP aus den Landesparlamenten beigetragen haben. Die bürgerlichen Politiker orakelten in der gewohnten Weise über die Wahlergebnisse, machten mal das Wetter für Verluste und den Rückgang der Wahlbeteiligung verantwortlich, mal jammerten sie, sie hätten ihre Politik zu schlecht verkauft. In einem Punkt aber waren sie sich alle einig: Sie wiesen es in der Wahlnacht gegenüber Journalisten weit von sich, in den Wahlergebnissen ein Anzeichen von „Staatsverdrossenheit" zu sehen.

Aber was heißt es denn, wenn z.B. im Kreis Lüchow in Niedersachsen über 26 Prozent der Wahlberechtigten ihr Kreuz bei der Grünen Liste gemacht haben? In diesem Kreis wollen die Bonner Herren bei Gorleben eine Anlage für den Atommüll der westdeutschen AKWs bauen lassen, gegen den entschiedenen Protest der örtlichen Bevölkerung, die zu Recht in diesen Plänen eine große Gefahr sieht. Und da sollte kein Zusammenhang bestehen mit dem Wahlverhalten vom letzten Sonntag?

Und es ist ja nicht nur die Gefährdung der Werktätigen durch den hemmungslosen Ausbau des Bonner Atomprogramms, auch wenn die „Grünen" und „Bunten" gerade dieses Problem in den Mittelpunkt ihrer Propaganda gerückt haben. Die Massenarbeitslosigkeit, der Rationalisierungsterror in den Betrieben, die Preistreiberei und die Lohnraubabschlüsse der letzten Monate, das sind die Probleme, die den arbeitenden Menschen in unserem Land auf den Nägeln brennen; Probleme, auf die die bürgerlichen Parteien und ihre Wahlstrategen natürlich keine Antwort geben können. Sind sie es doch, die in Bonn wie in den Ländern die reaktionäre Politik des Monopolkapitals tragen.

In der Bundesrepublik wächst tatsächlich die „Staatsverdrossenheit", und das kam am Sonntag in den Zehntausenden von Proteststimmen für die „Grünen" und „Bunten" zum Ausdruck. Die Frage ist, ob mit einer solchen Stimmabgabe der Weg beschritten werden kann zu einer Organisierung des konsequenten Widerstands gegen die Angriffe der Bourgeoisie und ihres Staates. Sehen wir uns die „Grünen" einmal näher an. In Hannover erklärten es in der Wahlnacht ihre Führer als ausdrückliches Ziel ihrer Bewegung, den militanten Kampf gegen das Bonner Atomprogramm zu ersetzen durch einen parlamentarischen Protest. Kein Wunder, daß sie sich — wie sie es ankündigten — mit Teilen der geschlagenen FDP zu einer neuen „Umwelt-Partei" zusammentun wollen. In Hamburg sind die „Grünen" ins Gerede gekommen, als sich herausstellte, daß ihr stellvertretender Vorsitzender NPD-Aktivist war und auch andere Herren gute Kontakte zu den Faschisten unterhalten.

Und die „Bunten" in Hamburg? An ihrer Spitze stand das SPD-Mitglied Strohm, ein Mann, der nicht müde wurde zu betonen, daß das Programm seiner Partei ganz ausgezeichnet wäre, nur eben mit der Durchführung würde es hapern. Ansonsten sammelte sich unter dem Zeichen des lila Schmetterlings, dem Wappen der Bunten, der ganze Sumpf von den Vaterlandsverteidigern der GRF über den KB bis hin zu Knastologen und homosexuellen Grüppchen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die „Grünen" wie die „Bunten" die Lieblinge der bürgerlichen Presse und des Fernsehens in der Wahlberichterstattung wurden.

Denn diese Listen sind geeignet, den Protest gegen die volksfeindliche Politik der Bonner Parteien aufzufangen und in ungefährliche Bahnen zu lenken. Sie sind für die Bourgeoisie neben der DKP — die ja, wie sich jetzt wieder gezeigt hat, nur geringen Anklang findet — ein zweites Eisen im Feuer. Insofern liegen sie auf der gleichen Linie wie die sogenannte Steuerpartei, deren Gründung kürzlich in Bonn angekündigt wurde. All diese Protestparteien oder -listen zeichnen sich dadurch aus, daß sie Illusionen in den bürgerlichen Parlamentarismus schüren, daß sie den werktätigen Massen den Blick auf den revolutionären Ausweg verstellen und sie vom konsequenten Kampf für ihre Interessen abhalten wollen. Aber das wird ihnen nicht gelingen. In unserem Land wächst nämlich nicht nur eine allgemeine „Staatsverdrossenheit". Es wächst, vor allem in den Betrieben, die Kampfbereitschaft der Werktätigen, der zielgerichtete Wille, den Bossen und Bonzen entgegenzutreten und den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen. Dafür waren die machtvollen Streiks der letzten Monate ein Beispiel. Und in diesen Kämpfen wird die Einheitsfront der Arbeiterklasse geschmiedet, wächst immer mehr der Einfluß unserer Partei und der wirklichen Revolutionäre. Die großen Erfolge der RGO bei den letzten Betriebsratswahlen sind ein ermutigender Beweis dafür.

8. Kongreß des Verbandes der Frauen Albaniens

Nur der Sozialismus kann die Frau befreien

Anfang Juni fand in Durres der 8. Kongreß des Verbandes der Frauen Albaniens statt. 1.400 Delegierte nahmen daran teil. Außerdem das Politbüro der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze. Genosse Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates, Genosse Haxhi Lleshi, Vorsitzender des Präsidiums der Vollversammlung und ausländische Gäste aus Vietnam, England, Brasilien, Benin, Griechenland, Deutschland, Iran, Italien, Japan, Kanada, Chile, Mali, Mexiko, Palästina, Portugal, Spanien, Belgien, Simbabwe.

Der Kongreß war ein großes Ereignis nicht nur für die albanischen Frauen, sondern für das gesamte Volk. Im Kampf für ihre Gleichberechtigung haben die Frauen Albaniens nie allein gestanden. Dieser Kampf wurde von Anfang an als ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse begriffen und von der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze geführt. In diesem Kampf wurden große Erfolge erzielt. „Die Emanzipation der albanischen Frauen", hieß es in der Grußadresse des Genossen Enver Hoxha an den Frauenkongreß, „ist einer der größten Siege der sozialistischen Revolution und eines der wichtigsten Werke unserer Partei." Und das gilt nicht nur im Hinblick auf die finstere Unterdrückung der albanischen Frau vor der Befreiung des Landes, sondern auch im Vergleich zu den Ländern der kapitalistischen und revisionistischen Welt, in denen die Gleichberechtigung der Frau nach wie vor nur auf dem Papier steht.

• Während bei uns die Frauen mehr als die Hälfte der Arbeitslosen stellen, hat in Albanien jede Frau einen sicheren Arbeitsplatz. Über 46 Prozent der albanischen Frauen sind heute werktätig.

• Während bei uns die Sorge um Kinder und Haushalt fast ausschließlich auf den werktätigen Frauen lastet, sorgt in Albanien der sozialistische Staat dafür, daß die Kinder in Krippen und Kindergärten betreut werden, daß durch Kantinen, Großwäschereien und technische Hilfsmittel die anfallende Haushaltsarbeit so gering wie möglich wird und im übrigen als Problem nicht nur der Frauen, sondern der gesamten Familie gilt.

• Während bei uns von gleichen Ausbildungschancen für proletarische Mädchen keine Rede sein kann, sind in Albanien 51 Prozent der Schüler höherer (auch technischer) Schulen Mädchen und — was besonders wichtig ist — 42,4 Prozent aller Werktätigen mit höherer oder Hochschulbildung.

• Während bei uns die werktätigen Frauen von der Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben weitgehend ausgeschlossen sind, stellen die Albanerinnen 27 Prozent der Gesamtzahl der Parteimitglieder (1966 waren es 12,5 Prozent); über 30 Prozent der Volksversammlung usw.

Trotz dieser errungenen Erfolge aber muß der Kampf für die Verwirklichung der vollständigen Gleichberechtigung der Frau weitergeführt werden. Genossin Vito Kapo, die Präsidentin des Generalrats des Verbandes der Frauen Albaniens, sagte in ihrem Bericht auf dem Kongreß:

„1. Unabhängig von den großen Ergebnissen, die in unserem Land erzielt wurden, geht der Kampf für die Emanzipation der Frau weiter und wird sich bis zum Kommunismus fortsetzen. Die vollständige Befreiung der Frau ist eine Aufgabe, die im Rahmen der sozialistischen Revolution und durch den Klassenkampf verwirklicht wird. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß die Beseitigung aller Klassenunterschiede eine historische Aufgabe ist, die während der ganzen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus gelöst wird. Eine nicht davon zu trennende Seite dieser Frage ist auch die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Mann und Frau und die Sicherung ihrer vollständigen Emanzipation. Diese Aufgabe wird in unserer sozialistischen Gesellschaft schrittweise erfolgreich verwirklicht. Deshalb trägt uns Genosse Enver Hoxha auf, daß wir, so wie wir dafür kämpfen, die Schere der Ungleichheit der wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land zu schließen, gleichermaßen auch die Schere der Unterschiede in den Beziehungen zwischen Mann und Frau für ihre Gleichheit, nicht nur nach dem Gesetz, sondern auch im Leben schließen werden.

2. Die Erfahrung zeigt, daß in unserem sozialistischen System das Problem der Frau zur Sache der ganzen Gesellschaft wird. Alle Glieder des Systems unserer Diktatur des Proletariats und die Hebel der Partei können und müssen dazu beitragen, daß die Masse der Frauen politisch und ideologisch immer besser dazu gerüstet wird, ihre Mission als Bürgerin, Werktätige, als Soldat, Mutter und ordnende Hand im Leben der Familie zu verwirklichen.

3. Die Organisation des Frauenverbandes Albaniens wird, geführt von der PAA, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, als deren Hebel zur Vorbereitung, Erziehung und Mobilisierung der Frauenmassen für den Kampf zur Lösung aller Aufgaben der Revolution und des sozialistischen Aufbaus des Landes arbeiten."

Frau und Politikerin

1976 wurden zum ersten Mal in Albanien zwei Frauen zu Ministern ernannt — die damals erst 31jährige Genossenschaftsbäuerin Themie Thomai und die Lehrerin Tefta Cami.



Themie Thomai



Hatixhe Mekshi

Themie Thomai wurde nach dem Abschluß der Achtjahresschule Arbeiterin in der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Kemishtaj im Bezirk Lushnja. Erst 18 Jahre alt, erhielt sie dort den Ehrentitel „Heldin der sozialistischen Arbeit", wurde zunächst Brigadeführerin, dann Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Genossenschaft und eine auf der höheren Schule ausgebildete Wirtschafts- und Landwirtschaftsexpertin. Seit zwei Jahren ist sie nun Landwirtschaftsministerin.

Tefta Cami kommt ebenfalls vom Land. Erst einfache Lehrerin, wurde sie später Direktorin einer Schule und Sekretärin des Parteikomitees und schließlich Ministerin für das Kultur- und Erziehungswesen.

Themie Thomai und Tefta Cami sind natürlich in gewisser Hinsicht Ausnahmen — nicht jeder kann schließlich Minister werden. Sie stehen aber zugleich für Hunderte, ja Tausende Albanerinnen — einfache Arbeiterinnen und Genossenschaftsbäuerinnen —, die nicht nur in der Produktion „ihren Mann" stehen, sondern auch in der Politik. Zwei von diesen Frauen wollen wir vorstellen: Hatixhe Mekshi, Mitglied der Volksversammlung, des höchsten Organs des albanischen Staates, und Penelope, Vorsitzende des Exekutivkomitees des Volksrats von Korça.

Arbeiterin und Abgeordnete

Hatixhe Mekshi ist Arbeiterin in der Gießerei der Porzellanfabrik von Tirana. Ihr Vater war Handwerker in Tirana. Sie selbst hat 1964 begonnen, in der Porzellanfabrik zu arbeiten. 1974 wurde sie als Abgeordnete in die Volksversammlung gewählt — als eine von 83 Frauen. De.n 33,3 Prozent der Abgeordnetenversammlung sind Frauen. Eine Zahl, die sich in den letzten Legislaturperioden ständig erhöht hat. Zum Vergleich: Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern des Bundestages beträgt 6,7 Prozent. Und Arbeiterinnen und Bäuerinnen dürfte man darunter vergeblich suchen.

Hatixhe Mekshi gehört zu den über 80 Abgeordneten, die — auch als Abgeordnete — direkt in der Produktion in der Fabrik oder in der Landwirtschaftlichen Genossenschaft arbeiten. Als Abgeordnete hält Hatjxhe ständig Verbindung zu ihren Wählern, legt ihnen gegenüber Rechenschaft ab und berichtet über die Beschlüsse der Volksversammlung. Über alle Probleme, die bei den Treffen mit den Wählern behandelt werden, unterrichtet sie, je nachdem, die lokalen oder zentralen Staatsorgane und hilft selbst, die Probleme zu lösen. Übrigens: Albanische Abgeordnete kennen keine „Diäten". Hatixhe bekommt während ihrer Abgeordnetenzeit ihren normalen Arbeitslohn.

Arbeiterin, Mutter, Politikerin

Penelope ist Vorsitzende des Exekutivkomitees des Volksrats von Korça, also des höchsten staatlichen Organs des Bezirks. Sie ist verheiratet und hat drei Söhne. Der jüngste besucht gerade die dritte Klasse, die beiden anderen sind zwölf und 19 Jahre alt.

Penelope hat in ihrer Kindheit die Achtjahresschule besucht und wurde dann Näherin in einem Textilbetrieb. Gleichzeitig ging sie zwei Jahre lang auf eine Abendfachschule, um ihre berufliche Qualifikation zu verbessern. 1962 wurde sie in die Partei aufgenommen, 1966 zur Delegierten auf dem V. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens gewählt. 1967 wählten die Parteimitglieder sie in das Parteibüro des Bezirks. Ein Jahr später ging sie auf eine Wirtschaftsfachschule. 1975 begann sie einen dreijährigen Kurs auf der Parteihochschule. Sie sagt: „Wir lernen alle — die Mutter und die Söhne."

Liri Kamberi, Arbeiterin, Mutter, Schülerin



Liri Kamberi

Liri Kamberi ist Arbeiterin in der Lampenfabrik in Vlora im Süden Albaniens. Als sie dort in der Abteilung für Gasentladungslampen zu arbeiten begann, hatte sie bereits zwei Töchter. Die eine war vier Jahre alt, die andere einige Wochen. Während Liri und ihr Mann arbeiteten, wurden beide in der Kinderkrippe bzw. im Kindergarten betreut.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Liri nur die Achtjahresschule (vergleichbar mit unserer Hauptschule — RM) absolviert. Aber Liri wollte mehr wissen. Deshalb entschloß sie sich, neben der Arbeit noch weiterzulernen. Das war natürlich nicht leicht, aber es ging, weil der Besuch von Abendschulen in Albanien vollständig kostenlos ist, in den Betrieben entsprechende Bedingungen dafür geschaffen sind und außerdem gerade bei Frauen die Weiterbildung besonders gefördert wird.

Sowohl der albanische Frauenverband, als auch Partei, Gewerkschaft und Staat haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die Zahl der qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte zu erhöhen. Warum? In Albanien gilt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Trotzdem ist der Durchschnittslohn der Frauen, die heute fast die Hälfte aller Werktätigen stellen, niedriger als der der Männer. Das liegt daran, daß die Frauen — insgesamt gesehen — noch weniger qualifiziert sind als die Männer. Denn im Sozialismus gilt für die Entlohnung der Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Wer weniger qualifiziert ist, bekommt also auch weniger Lohn. Der Kampf um die weitere Qualifizierung der Arbeiterinnen und der Genossenschaftsbäuerinnen ist also ein Beispiel dafür, wie in Albanien **in der Praxis** — und nicht auf dem Papier — die Gleichberechtigung verwirklicht wird. Schon heute ist dort, wo vor etwas mehr als 30 Jahren ganze 668 Frauen außerhalb des Hauses gearbeitet haben, der Anteil der qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte um ein Vielfaches höher als in der Bundesrepublik.

Liri Kamberi hat für ihre Weiterbildung den Weg des Fernstudiums gewählt. Das bedeutet, daß sie jedes Jahr 15 Tage bezahlten Sonderurlaub für ihre Weiterbildung erhielt und außerdem die Möglichkeit hatte, an den Seminaren in der Schule teilzunehmen. Nach vier Jahren konnte Liri — inzwischen Mutter eines dritten Kindes — ihr Studium erfolgreich abschließen.

Liri Kamberi ist kein Einzelfall. Nehmen wir ihren Betrieb, die Lampenfabrik in Vlora, in der 80 Prozent der Beschäftigten Frauen sind. 50 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes besuchten 1975 verschiedene Schulen, die meistens die höhere technische Industrieschule oder studierten.

Übrigens: Der albanische Staat kümmert sich nicht nur durch die ausreichende Bereitstellung von Kinderkrippen und Kindergartenplätzen darum, daß den Frauen die Berufstätigkeit erleichtert wird. Er sorgt auch durch die Einrichtung von Kantinen und Großwäschereien und durch die gezielte Produktion von Haushaltsgeräten dafür, daß der Umfang der Hausarbeit möglichst gering ist. Darüber hinaus gilt es in Albanien als Norm des Familienlebens, daß jeder — Frau wie Mann — seinen Teil zur Hausarbeit beiträgt. Die Frau darf nicht mit einer „Doppelbelastung" für ihre Berufstätigkeit bestraft werden.

Viele Kinder, aber keine Sorgen



Kaliopi Zguro

Mutter Kaliopi hat zehn Kinder. Das Älteste 28 Jahre alt. Das Jüngste neun. Mutter Kaliopi und ihre große Familie sind sicher nicht typisch für das Albanien der 70er Jahre. Die meisten albanischen Familien haben heute zwei oder drei Kinder. Trotzdem wollen wir Mutter Kaliopi und ihre Kinder unseren Lesern vorstellen. Denn ihr Leben erschien uns gerade im Vergleich zu unserem Land, in dem für die meisten Arbeiterfamilien der Satz gilt „So viele Kinder, so viele Sorgen" aufschlußreich und interessant.

Kaliopi wurde auf dem Land geboren. Während des Befreiungskampfes des albanischen Volkes gegen die italienischen und die deutschen Faschisten ging sie wie 6.000 ihrer Geschlechtsgenossinnen als Partisanin in die Berge. Dort wurde sie Zugführer bei der fünften Brigade.

In den ersten Jahren der Volksrepublik leitete Kaliopi den Frauenverband in der Stadt Vlora. Dort heiratete sie auch Vangjel, einen ehemaligen Bauern, der später als Arbeiter in den Betrieb ging. Obwohl also einfache Arbeiter, brauchten sich beide keinen Moment um das tägliche Brot oder um die Zukunft ihrer Kinder zu sorgen. **Alle Kinder, die nicht mehr zur Schule gehen, arbeiten in ihrem gewünschten Beruf bzw. studieren:** Der älteste Sohn ist Schlosser im LKW-Park in Vlora, der zweitälteste ist Mechaniker in einer Zementfabrik und absolviert neben der Arbeit die höhere Fachschule für Mechanik. Der drittälteste Sohn und die älteste Tochter sind Sportlehrer, Zhaneta, eine andere Tochter, arbeitet in einem landwirtschaftlichen Betrieb und besucht ebenfalls nebenbei die Abendschule usw. usf.

Vangjel und Kaliopa sind heute beide Rentner (für albanische Frauen liegt das Rentenalter zwischen 45 und 55 Jahren. Rente gibt es nicht nur für Arbeiterinnen, sondern auch für Genossenschaftsbäuerinnen). Aber Kaliopa ist weiterhin — trotz der vielen Kinder — auch gesellschaftlich aktiv. Sie ist zur Vorsitzenden des Frauenverbandes in ihrem Wohnviertel gewählt worden und erfüllt diese Aufgabe zur Zufriedenheit aller.

Aus aller Welt

Nordirland: Kämpfe gegen Besatzer

Auch im vergangenen Monat setzten die nordirische Bevölkerung und die bewaffneten Patrioten ihren Kampf gegen die britischen Besatzer fort. In den Randbezirken der Stadt Newry wurde bei einem Hinterhalt der Patrioten ein britischer Soldat getötet, mehrere andere wurden verwundet. Bei einer anderen Aktion konnten die Patrioten einige Militärfahrzeuge der Besatzer zerstören.

In Belfast und anderen Städten des Landes erhoben sich die Werktätigen zu machtvollen Demonstrationen gegen die britischen Besatzer. In ihren Parolen drückten sie die Unterstützung für den bewaffneten Kampf aus.

Frankreich: Renault-Werke besetzt!

Die Arbeiter der Renault-Automobilwerke in Frankreich sind für ihre Kampfentschlossenheit bekannt. Einmal mehr bewiesen haben sie das in der vergangenen Woche. Seit einiger Zeit schon wird bei Renault um höhere Löhne verhandelt. Um ihre Forderungen durchzusetzen, legten die Kollegen mehrmals die Arbeit nieder und traten in den Streik. Am Dienstag versammelten sie sich und stimmten einmütig für die Besetzung der Betriebe in Flins und Cléon. Obwohl die verräterischen



Führer der revisionistischen Gewerkschaft CGT alles taten, um die Besetzung zu verhindern — sie ließen die Abstimmung wiederholen, versuchten, die Arbeiter nach Hause zu schicken und die Streikposten einzuschüchtern — hatten sie keinen Erfolg. Flins und Cléon wurden besetzt. Zur gleichen Zeit haben auch die Arbeiter anderer Betriebe in verschiedenen Gegenden des Landes Fabriken besetzt, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Unser Bild zeigt eine Demonstration der Arbeiter von Renault-Flins durch die Werkshallen.

Lateinamerika: Straßenkämpfe, Streiks, Demonstrationen

In Kolumbien und Guatemala ist es in der letzten Woche zu heftigen Auseinandersetzungen der Studenten, Bauern und anderer Werktätiger mit den Streitkräften der reaktionären Regimes gekommen. In Kolumbien erhoben sich die Studenten und kämpften mit Steinen und Molotow-Cocktails gegen die Polizei und die Armee. In Guatemala erhoben sich die werktätigen Bauern, besetzen Ländereien der Großgrundbesitzer und lieferten sich erbitterte Kämpfe mit Einheiten der Armee. Im Verlauf dieser Kämpfe wurden mindestens 34 Bauern ermordet.

Tschad: Massaker der Fremdenlegion

Bekanntlich haben die französischen Imperialisten über tausend Soldaten im Tschad stationiert, um den Kampf des Volkes zu unterdrücken. Jetzt wurde ein neues Verbrechen der Fremdenlegionäre bekannt. Rund 300 km von der Hauptstadt N'djamela entfernt umzingelten sie mehrere hundert Patrioten, auf die sofort das Feuer eröffnet wurde. Gleichzeitig setzten die Legionäre Düsenjäger ein, die Bomben auf die Patrioten abwarfen. Das erklärte Ziel dieser barbarischen Operation war, die Patrioten bis zum letzen Mann zu vernichten.



Die Patrioten aus dem Tschad haben eine von französischen Söldnern geflogene DC 4 abgeschossen.

Kongo/Kingshasa (Zaire): Chinesische Waffen für Mobutu?

Auf dem Rückflug von der UNO-Abrüstungsversammlung hat der chinesische Außenminister Huang Hua im Kongo Station gemacht, um dem Faschisten und Lakaien des amerikanischen Imperialismus Mobutu die Hilfe der chinesischen Revisionisten anzubieten. Wie Huang Hua selbst zugegeben hat, wurde dabei auch über die „Möglichkeit militärischer Unterstützung" gesprochen. Gleichzeitig trafen sich die Abgesandten der amerikanischen, französischen, westdeutschen, belgischen



Französische Legionäre in Kolwezi

und englischen Imperialisten, um die Aufstellung einer gemeinsamen Aggressionsarmee gegen die Völker Afrikas zu beraten. An dieser Truppe sollen auch Soldaten einiger reaktionärer Regimes im Afrika, zum Beispiel der Regimes in Marokko und Obervolta, beteiligt sein. Marokkanische Soldaten sind inzwischen bereits im Kongo eingetroffen. Nichts kann den Verrat der chinesischen Revisionisten besser dokumentieren als ihre Bereitschaft, gemeinsam mit den Imperialisten das kongolesische Volk zu unterdrücken und das Regime des Faschisten Mobutu am Leben zu halten.



Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

NATO-Tagung

Gewaltige Rüstungslasten für die Werktätigen

Einen „geradezu erstaunlichen Fortschritt" stellten die Vertreter Washington bei der diesjährigen NATO-Frühjahrstagung fest. Die amerikanischen Imperialisten haben allen Grund zur Zufriedenheit: einstimmig nahmen die Regierungschefs der NATO-Länder letzte Woche ein sogenanntes Langzeitprogramm an, das Rüstungsausgaben in bislang nicht gekannter Höhe enthält. 60 bis 80 Mrd. Dollar sollen in den nächsten Jahren den Werktätigen zusätzlich abgepreßt werden, um die Kriegsmaschine des aggressiven westlichen Militärblocks zu verstärken.

Vor der Konferenz der Staatschefs, die in der letzten Woche in Washington über die Bühne ging, war viel von einem Zerwürfnis zwischen Schmidt und Carter die Rede gewesen. Die Beschlüsse der Konferenz zeigten jedoch, daß in den entscheidenden Fragen, sei es das Aufrüstungsprogramm oder die Afrika-Politik, die Bonner Imperialisten an der Seite der amerikanischen Supermacht stehen. Gewiß gab es auch Widersprüche. So hatte sich in den letzten Monaten ein zähes Geschacher zwischen den amerikanischen und den westdeutschen Rüstungsmonopolen um die Riesenaufträge aus dem „Langzeitprogramm" entwickelt.

Dabei brachten die westdeutschen Imperialisten die Forderung ins Gespräch, das Rüstungsgeschäft müsse eine „Zweibahnstraße" sein, eine Umschreibung dafür, daß sie verstärkt amerikanische und andere NATO-Truppen mit ihren Kriegsprodukten beliefern wollen. Sie konnten sich bei diesem Schacher zwar z.B. einen 200-Millionen-Auftrag für Lastwagen sichern, mit denen die US-Besatzertruppen in Europa ausgerüstet werden. Den mit Abstand größten Brocken an dem Rüstungsgeschäft jedoch sicherten sich wieder die amerikanischen Imperialisten, die in jeder Hinsicht den westlichen Kriegspakt kontrollieren.

Das in Washington beschlossene „Langzeitprogramm" sieht im einzelnen vor:

- die Beschaffung von vorerst 16 Flugzeugen des Frühwarn- und Spionagesystems AWACS. Die Operationsbasis dieses Systems soll in Geilenkirchen bei Aachen errichtet werden. Die Kosten betragen 3,6 Milliarden Mark, von denen die Bundesrepublik 1,16 Mark tragen wird.
- die Zahl der US-Truppen in Europa soll in zwei Wochen verdoppelt, die Zahl der Kampfbomber gar in einer Woche verdreifacht werden können. Um diese Pläne zu verwirklichen, müssen in den betroffenen Ländern — in erster Linie ist das die Bundesrepublik — umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen getroffen werden. Dazu gehören unter anderem: der Neubau und Ausbau von Flughäfen, die Anlage neuer Unterkünfte, Depots usw. Wie die amerikanischen Imperialisten erklärt haben, werden sie einen großen Teil ihrer schweren Waffen fest in der Bundesrepublik lagern. Die Kosten dieser Pläne belaufen sich auf drei Milliarden Mark.
- Eine weitere holländische Brigade soll nach Niedersachsen verlegt werden.
- Über die außerdem beschlossene Modernisierung der gesamten Kriegsmaschinerie der NATO, bzw. über Neubeschaffungen lagen noch keine konkreten Angaben vor.

Dieses gigantische Rüstungsprogramm wurde — wie gehabt — begründet mit der Notwendigkeit der Herstellung einer Gleichgewichts zwischen den Militärblöcken der Supermächte. Während der Tagung in Washington registrierte die bürgerliche Presse die schärfsten Attacken gegen die russische Supermacht seit Jahren. So nehmen die amerikanischen Imperialisten die Aggressionen der Kreml-Herren in Afrika und anderen Regionen zum Vorwand, um ihren Kriegsblock aufzurüsten. Umgekehrt verweisen die Sozialimperialisten auf die Intervention der NATO-Länder im Kongo, um die weitere Aufrüstung ihres eigenen Militärblocks zu begründen.

So ist das Gerede vom Gleichgewicht der Kräfte nichts weiter als ein Märchen, mit dem die Völker über den aggressiven Charakter der Militärblöcke getäuscht werden sollen. Tatsächlich denken die Supermächte gar nicht daran, mit der jeweils anderen nur gleichzuziehen. Jede will die andere übertrumpfen, sich durch die Entwicklung neuer Systeme, durch Verstärkung der Truppen und der Ausrüstungen ein militärisches Übergewicht und damit bessere Positionen im Kampf um die Weltherrschaft beschaffen.

Ein schlagendes Beispiel dafür ist gerade auch das neue NATO-Langzeitprogramm. Der überwiegende Teil der vorgesehenen Maßnahmen wird auf dem Boden der Deutschen Bundesrepublik, in unmittelbarer Nachbarschaft des russischen Herrschaftsbereichs abgewickelt. Ein Schwerpunkt wird dabei die norddeutsche Tiefebene sein, wo die amerikanischen Imperialisten jetzt verstärkt Depots anlegen und andere militärische Einrichtungen aufbauen wollen. Und die Verlegung von zwei amerikanischen Kampfbrigaden in die Umgebung von Bremen war ja schon lange vor der diesjährigen NATO-Tagung beschlossen worden. Das bedeutet: Unser Land wird mehr denn je zum Aufmarschgebiet amerikanischer Truppen, zu einem riesigen Lager von amerikanischen Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen. Darunter auch die Neutronenbombe, über die zwar in den Verlautbarungen der vergangenen Woche nichts zu finden ist, deren Stationierung auf dem Boden unseres Landes aber nur aufgeschoben wurde.

Auf der anderen Seite verstärkt die russische Supermacht ihre Truppen und ihr Kriegsmaterial in der DDR. All das dient niemals dazu, den Frieden zu erhalten, wie es die Imperialisten in West und Ost immer wieder beteuern. Nein, sie rüsten zu einem neuen Krieg, zu einem imperialistischen Raubkrieg um Europa und die Welt, zu einem Krieg, dessen Schauplatz auch Deutschland sein soll, wo die Einflußgebiete der beiden Supermächte aneinanderstoßen, einem Krieg, in dem das deutsche Volk und die anderen Völker ihr Blut für die Profitinteressen der imperialistischen Räuber vergießen sollen.

Die Bonner Herren, das hat sich in der letzten Woche bei den Beratungen von Washington wieder in aller Deutlichkeit gezeigt, stehen bei diesen Kriegsvorbereitungen an der Seite der amerikanischen Supermacht. Sie gaben ihre Zustimmung zum Aufmarsch neuer NATO-Truppen, zur Einbunkerung neuer Vernichtungswaffen in unserem Land. Sie sind dazu bereit, bedenkenlos die Werktätigen der Bundesrepublik in einem neuen Weltkrieg zu verheizen, weil sie sich einen Teil der Beute bei einem solchen Raubkrieg erhoffen.

Schon heute haben sie ihre Bundeswehr zur drittstärksten Militärmacht der Welt ausgebaut. Sie stellen 50 Prozent der Landstreitkräfte der NATO und tragen 30 Prozent ihrer Kosten. Diese Zahlen sprechen für sich. Und, auch das neue Langzeitprogramm nutzen sie aus, um ihre Stellung innerhalb des westlichen Militärblocks als zweite Macht nach den USA und damit ihre Positionen in Westeuropa zu stärken. Und was die Kosten dieses Programms betrifft, von denen auch wieder ein Drittel auf Westdeutschland entfallen wird, so sind es nicht die Bonner Monopole, die sie tragen müssen. Im Gegenteil, sie können sich Riesenprofite aus den Rüstungsaufträgen erhoffen. Die Kosten müssen über die Steuern, die man uns abpreßt, wir, die Werktätigen zahlen.

So sind die Beschlüsse der NATO-Tagung in Washington in jeder Beziehung ein Angriff gegen uns. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen müssen ihren Kampf gegen die Kriegspolitik der Supermächte und ihrer Blöcke, gegen die zunehmende Militarisierung unseres Landes verstärken.

NATO greift nach Afrika

Das „herausragende Ereignis der NATO-Tagung" - so wurde aus Washington gemeldet - sei der „intensive Gedankenaustausch über Afrika" gewesen. Und es blieb nicht nur beim unverbindlichen Meinungsaustausch zwischen den Chefs der NATO-Staaten. Die Herren machten Nägel mit Köpfen, und US-Präsident Carter konnte eine neue Doktrin des westlichen Militärpakts verkünden: „Unsere Allianz konzentriert sich auf Europa, aber unsere Wachsamkeit kann nicht auf den Kontinent beschränkt bleiben".

Im Klartext heißt das: Die NATO wird das Feld ihrer aggressiven Politik ganz offen über das Gebiet ihrer Mitgliedsstaaten hinaus ausweiten. Gemeint ist damit gegenwärtig in erster Linie Afrika. Schon die Aggression der westlichen Imperialisten gegen den Kongo war ja auf NATO-Ebene abgesprochen. Und zuvor waren bzw. sind noch NATO-Staaten in Kämpfe gegen die Völker verschiedener Länder verwickelt. Aber diese Aggressionen (z.B. der amerikanischen Imperialisten in Indochina oder der französischen Imperialisten heute im Tschad) waren getarnt als die Erfüllung von zweiseitigen Beistandsverträgen mit den Lakaien-Regimen dieser Länder.

Jetzt aber geht die NATO daran, offen als Militärblock das bewaffnete Eingreifen in außereuropäischen Regionen zu organisieren. In dieser Woche treffen sich Vertreter der amerikanischen, der westdeutschen, der französischen, britischen und belgischen Imperialisten, um über die Aufstellung einer afrikanischen Eingreiftruppe zu beraten. Dabei sollen die Mannschaften dieser Truppe von den reaktionären afrikanischen Regimen gestellt werden. Die NATO will „logistische Hilfe" leisten. Das bedeutet: Die NATO wird Kriegsmaterial und Transportkapazitäten zur Verfügung stellen und die militärischen Operationen werden unter dem unmittelbaren Kommando von NATO-Militärs durchgeführt.

Diese Pläne sind ein weiterer Beweis dafür, daß die amerikanischen Imperialisten und ihr Kriegsblock nach wie vor zu allen Mitteln, auch zu denen der militärischen Aggression, greifen, um im Ringen mit der russischen Supermacht ihre Positionen zu verteidigen bzw. zu erweitern. Mögen sie jetzt auch hundertmal beteuern, sie wollten nur zum Wohle der afrikanischen Völker einen russischen Vormarsch stoppen, es geht ihnen doch um nichts anderes als um die Kontrolle über die Reichtümer Afrikas. Und die Verwirklichung dieser Pläne würde auch bedeuten, daß die Bundeswehr direkt bei der Niederschlagung der Völker eingesetzt würde, die sich vom Joch des Imperialismus befreien wollen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

A CLASSE OPERÁRIA
ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA DO BRASIL

Über den antiimperialistischen Kampf

Auszüge aus einem Artikel der Zeitung „A Classe Operaria", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens, Nr. 75 (Juli) 1973.

Immer stärker entwickelt sich heute in den Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas eine breite antiimperialistische Bewegung. Mächtige Streikwellen, Massenerhebungen, ein Anwachsen des bewaffneten Kampfes - all das ist ein Ausdruck dafür, daß Hunderte von Millionen Menschen dieser Kontinente vom Willen erfüllt sind, das imperialistische Joch abzuschütteln, das sie zu einem Leben in Armut und Sklaverei verdammt.

Auf einige der wichtigsten Fragen, die der antiimperialistische Kampf für die Revolutionäre aufwirft, gibt ein Artikel der Zeitung „A Classe Operaria", des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Brasiliens, Antwort, die wir im folgenden auszugsweise veröffentlichen. Obwohl schon vor fünf Jahren geschrieben, ist dieser Artikel auch heute noch von höchster Aktualität. Seine auf dem Boden einer marxistisch-leninistischen Analyse gezogenen Schlußfolgerungen haben sich in diesen Jahren mehr als einmal bestätigt.

Heute sind es nicht nur die Revisionisten chruschtschowschen Typs, sondern auch die Vertreter der revisionistischen „Drei-Welten-Theorie", die den antiimperialistischen Kampf sabotieren, ihm jede revolutionäre Perspektive nehmen und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit ihren imperialistischen Ausbeutern und der einheimischen Reaktion versöhnen wollen. So ist der Artikel „Über den antiimperialistischen Kampf" auch eine Abrechnung mit der konterrevolutionären „Drei-Welten-Theorie".

Der im folgenden abgedruckte Artikel ist in einem neuen Heft der Reihe „Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt" soeben erschienen.

Halten wir stets das unbesiegbare Banner des Marxismus-Leninismus hoch!

Weitere Artikel dieser Broschüre: Ein weiterer Artikel von „A Classe Operaria" vom Juli 77, der die „Theorie der drei Welten" zurückweist, der Artikel „Ein neuer Schritt im Kampf gegen Opportunismus" und die Erklärung der KP Kolumbiens/ML vom 8. Oktober 1977 „Wir leben in der Epoche des Imperialismus und der prolarischen Revolution".
72 Seiten, DM 2,50. Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2 Hamburg 50.

Revolution oder friedlicher Weg

Die Völker können die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung nur beenden, wenn sie den Weg der Revolution gehen. Sie muß die Haupthindernisse beseitigen, die dem Fortschritt und der nationalen Unabhängigkeit im Wege stehen, sie muß die reaktionären Kräfte aus der Macht vertreiben, die Versöhnler isolieren, den bürokratischen Apparat liquidieren, die Freiheiten für das Volk sichern und bewaffnete Volksstreitkräfte aufbauen. Wenn man auch die Besonderheiten eines jeden Landes berücksichtigen muß - die Erfahrung zeigt, daß es nicht genügt, förmlich mit dem Imperialismus zu brechen oder sich ihm einfach entgegenzustellen. Die ausgedehnte Herrschaft der Monopole beeinträchtigt die nationale Wirtschaft. Man muß radikale Veränderungen im Wirtschaftssystem und im staatlichen Überbau durchführen, denn beides wurde in der Zeit der Abhängigkeit geprägt und kann zum Aufbau eines fortschrittlichen Systems keinen Beitrag leisten.

Die Führung der antiimperialistischen Bewegung

Die Frage: Revolution oder friedlicher Weg ist verbunden mit dem Problem der Führung der antiimperialistischen Bewegung, mit der Frage nach der gesellschaftlichen Kraft, die sie erfolgreich leiten kann.



Demonstration des Volkes in Rio 1968. Einige der Parolen: „Nieder mit dem Imperialismus!", „Nieder mit den Bonzen!", „Streik gegen Lohnstopp!".

Weder die Bourgeoisie - und noch weniger die Großgrundbesitzer - sind in der Lage, den Befreiungskampf und den Kampf für den Fortschritt der rückständigen Länder anzuführen. Da, wo das Proletariat als unabhängige Kraft in Erscheinung tritt, hört die Bourgeoisie auf, revolutionär zu sein; wenn sie sich nicht mit dem Imperialismus verbindet, ist sie zutiefst reformistisch. Mehr als die ausländische Unterdrückung fürchtet sie die Volksrevolution. Auf internationalen Versammlungen beklagt sie sich, stellt sie Forderungen auf, protestiert sie, und in einigen Fällen stimmt sie auch gegen den Kurs des Finanzkapitals, aber sie beschränkt sich darauf, völlig unbedeutende Maßnahmen zu treffen. In gewissen Fällen greift sie das imperialistische System an und entlarvt es, aber gleichzeitig macht sie den nationalen Interessen äußerst schädliche Zugeständnisse. Die bürgerlich-„nationale" Regierung Mexikos z. B. begann 1966 ihr „Grenzindustrialisierungsprogramm". Nach diesem Programm konnten die ausländischen Unternehmen 100%ige Töchterbetriebe in einem 20 Kilometer tiefen Raum entlang der Grenze zu den Vereinigten Staaten errichten. Der Import von Ausrüstung, Halbfertigprodukten und Rohstoffen war zollfrei, wenn er für die Herstellung von Exportprodukten bestimmt war. Im Lauf der letzten sechs Jahre wurden 350 Fabriken errichtet, von denen die meisten unter nordamerikanischer Kontrolle stehen. Die mexikanischen Arbeiter, die dort arbeiten, erhalten einen, im Vergleich zu den Mutterbetrieben, lächerlich geringen Lohn. 1970 betrug der Stundenlohn (Sozialabgaben abgezogen) eines Arbeiters derselben Fabrik in den Vereinigten Staaten 4,26 und in Mexiko 0,51 US Dollar.

Nur das Proletariat kann die antiimperialistische Bewegung führen. Keine andere Klasse hat gegenwärtig so wie sie das Interesse, den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion bis zum Ende zu führen. Nur das Proletariat kann diese Bewegung entschlossen und konsequent führen. Das Proletariat wird im Bündnis mit den Bauern, wobei es versucht, das städtische Kleinbürgertum und andere demokratische und patriotische Kräfte der Nation an dieses Bündnis heranzuziehen, eine mächtige Kraft, die die Hindernisse beseitigen kann, die dem Fortschritt im Wege stehen, und die in der Lage ist, ein neues Leben aufzubauen. Daß das Proletariat in mehreren Ländern wegen des Verrats der Revisionisten und der langen Herrschaft des Reformismus nicht diese Rolle gespielt hat, nimmt dieser These nichts von ihrer Gültigkeit. Früher oder später wird sich das Proletariat vom Opportunismus lösen und sich an die Spitze der Volksmassen stellen, um sie zum Sieg zu führen.

Aber das Proletariat kann seine Aufgabe als Vorhut nur erfüllen, wenn es von einer Vorhutpartei geführt wird, der kommunistischen Partei, die sich von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten läßt. Es ist die Partei, die politisch gesehen die Führung der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt. Und nur sie allein kann die wahren gegenwärtigen und künftigen Interessen der vom Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten Werktätigen zum Ausdruck bringen. Die Arbeiterklasse ist ohne ihre wahrhaft revolutionäre Partei, die eng mit ihr verbunden ist, nur eine Masse für die Manöver der Demagogen oder ein bloßes Anhängsel der Bourgeoisie. Die Kommunistische Partei ist in der Lage, die Erfahrung und die notwendigen Kenntnisse in sich zu vereinen, um den Kampf für die Befreiung korrekt zu leiten.

Nicht aus Zufall konzentrieren der Imperialismus, der Sozialimperialismus und die Reaktion ihre Angriffe gegen die Marxisten-Leninisten, die verfolgt, eingekerkert und getötet werden. Die Bourgeoisie duldet die Revisionisten und schreitet an ihrer Seite, weil sie ihr helfen, das Bewußtsein des Proletariats zu verderben. Die internationale, auf allen Bereichen vorgetragene Kampagne gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die wahren Parteien der Arbeiterklasse hat zum Ziel, diese Klasse daran zu hindern, ihre Aufgabe als führende Kraft in der Revolution zu übernehmen.

Daher ist es die grundlegende revolutionäre Aufgabe der gegenwärtigen Periode, die wahren kommunistischen Parteien zu stärken und das möglichste zu tun, sie eng mit den Massen zu verbinden, sie mit allen Mitteln zu unterstützen und ihnen zu helfen, den Marxismus-Leninismus zu verteidigen und die opportunistischen Theorien zu entlarven. Diese Frage nicht verstehen oder sie unter dem Vorwand der Verbreiterung der Einheitsfront zu vernachlässigen, bedeutet, in rechtsopportunistische Positionen zu verfallen und die richtige Anschauung des historischen Geschehens zu verlieren.

Andererseits ist die Führung der Arbeiterklasse unerläßlich, weil sie die einzig richtige Perspektive in die antiimperialistische Bewegung trägt.

Bürgerliche oder sozialistische Perspektive

Lenin betonte, daß es reaktionär ist, für die Verbrechen des Imperialismus anderswo eine Lösung zu suchen als in seiner natürlichen und unvermeidlichen Entwicklung. Nachdem der Kapitalismus sein monopolistisches Stadium erreicht hat, führt der nächste historische Schritt zum Sozialismus. Es gibt keinen Mittelweg. Der Imperialismus - so sagte der große Erzieher und unsterbliche Führer des Proletariats - ist die Vorstufe zum Sozialismus.

Die Perspektive einer **dritten Position**, wie sie von bestimmten Fraktionen der antiimperialistischen Bewegung vorgetragen wird, ist politisch und theoretisch völlig falsch. Sie kommt in gewisser Hinsicht den Wünschen der Bourgeoisie der rückständigen Länder entgegen, ist aber nicht gangbar, sie ist reaktionär. Ihre Durchführung bedeutete ein Zurück zur Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus.

Der Widerstand der nationalen Bourgeoisie gegen den Imperialismus will dieses System nicht beseitigen, sondern „reformieren". Sie will, daß die reichen Länder den ärmeren helfen, sich zu entwickeln, daß die mächtigeren den ärmeren Ländern ihre Märkte für ihre Produkte öffnen, daß der Preis für die Rohstoffe erhöht wird. Sie will, daß die Monopole die Verstaatlichungen ausländischer Unternehmen erlauben, ohne zu Repressalien zu greifen, daß sie aufhören, sich in das Leben der armen Länder einzumischen. Sie will, daß die Regierungen der Großmächte die Völker nicht bedrohen und nicht angreifen, die versuchen, ihrer Kontrolle zu entkommen. Schließlich bemüht sie sich, daß der Imperialismus aufhört, Imperialismus zu sein. Die hohen Würdenträger der katholischen Kirche geben diesen Gesichtspunkt in ihren Enzykliken wieder, die die Vertiefung des Grabens zwischen den reichen und den armen Ländern verurteilen und die reichen Länder dazu aufrufen, ihren guten Willen zu beweisen und den armen zu helfen.

Aber das sind fromme und vergebliche Wünsche! Die Monopole stellen das höchste und Endstadium der Entwicklung des Kapitalismus dar, und ihr Wesen ist unveränderlich. Solange es existiert, wird das Finanzkapital niemals die armen Länder begünstigen, genauso wenig wie es den Völkern helfen und die Lebensbedingungen der Massen verbessern wird. Sein Ziel ist der Maximalprofit, die zügellose Ausbeutung, die Unterdrückung der Nationen. Um dieses Ziel zu erreichen, greift es auf den Faschismus zurück, führt es Wirtschaftskriege und offene Kriege. Es bewaffnet sich bis an die Zähne und besorgt sich die modernsten Zerstörungsinstrumente, um zu drohen, zu erpressen und um seine Herrschaft überall in der Welt anderen aufzwingen zu können. Heute haben sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Rolle von Schiedsrichtern über das Schicksal der Völker angemaßt, sie teilen sich die Welt in Einflußzonen auf und organisieren richtige Verschwörungen gegen die Freiheit und die Unabhängigkeit der Nationen.

Es ist eine Utopie zu glauben, die sogenannten Entwicklungsländer könnten, wenn sie unter der Führung der Bourgeoisie eine sogenannte antiimperialistische Politik verfolgen, Seite an Seite mit den Großmächten und mit ihrer Hilfe Fortschritte erzielen und zu einer wirklichen Souveränität gelangen. Unter dem Imperialismus wird es immer reiche und arme, beherrschende und beherrschte Nationen geben. Das Monopol wie das Finanzkapital werden als notwendige Produkte des Kapitalismus erst mit der Zerstörung dieses Systems beseitigt werden. Die vom Imperialismus hervorgerufenen und immer schärfer werdenden Widersprüche werden nicht durch die Versöhnung seiner beiden antagonistischen Aspekte gelöst werden, sondern durch die gewaltsame Revolution.

Die wirkliche Perspektive der antiimperialistischen Bewegung kann nur der Sozialismus sein. Lenin hat betont, daß es „ohne den Triumph über den Kapitalismus unmöglich ist, die nationale Unterdrückung und die Ungleichheit der Rechte zu beenden", und daß „die Rettung für die abhängigen und schwachen Nationen" die Union der Sozialistischen Republiken ist (Erster Entwurf der Thesen über das nationale und koloniale Problem)...

Der große demokratische und Befreiungskampf, der sich im Weltmaßstab entwickelt, hat eine glänzende Zukunft. Wir leben in der historischen Epoche, in der die Tage des Imperialismus gezählt sind und die Revolution und der Sozialismus sich dem Sieg nähern. Die unterdrückten Völker werden siegen, wenn sie nicht dem trügerischen Weg des bürgerlichen Reformismus folgen, wenn sie die Illusionen über die pseudoliberalen, reaktionären Regierungen verwerfen und wenn sie sich eng mit der proletarischen, revolutionären Weltbewegung zusammenschließen.

Die Fahne der Befreiung wird von den gesellschaftlichen und politischen Kräften vorangetragen werden, die wirklich die Revolution wünschen. Und der Stern, der diesen ruhmreichen Weg beleuchtet, ist der Marxismus-Leninismus.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



WM-Schlaglichter

Demonstration in Buenos Aires



In einer mutigen Aktion gingen am Tag des Eröffnungsspiels über hundert Werktätige — zumeist Frauen — auf die Straße. Es handelte sich um Angehörige von „Verschwundenen". Die Büttel des Regimes erklärten die Demonstration für illegal, angesichts der zahlreichen ausländischen Besucher wagten sie es jedoch nicht, gegen die Demonstranten vorzugehen.

Erster Spieltag: 6.000 Soldaten im Einsatz

Während der General Videla, Chef der faschistischen Militärjunta, die WM für eröffnet erklärte, kreiste über dem River-Plate-Stadion ein Militärhubschrauber. Durch die offenen Seitentüren konnte man Gewehrläufe blitzen sehen, die auf die Ränge des Stadions gerichtet waren. 4.000 Soldaten und Polizisten unterzogen jeden Besucher des Eröffnungsspiels einer totalen Durchsuchung. Im Stadion selbst waren noch einmal 2.000 Mann der faschistischen Truppen stationiert.

Französischer Journalist verhaftet

Der französische Journalist Henri Levy, der während der WM aus Argentinien berichten wollte, ist nach seiner Ankunft in Buenos Aires festgenommen worden. Dabei wurden ihm Exemplare eines bürgerlichen Nachrichtenmagazins und Materialien von amnesty international abgenommen. Er wurde von der Polizei über seine Pläne in Argentinien verhört. Nach der Haftentlassung wurde Levy in seinem Hotel unter Polizeibewachung gestellt.

Springer hetzt gegen politische Kommentare

„So schlimm war's, daß die Damen in der Telefonzentrale weinten." So stand es nach dem Spiel Polen : DBR in der „Bild"-Zeitung. Gemeint war aber nicht das Spiel selbst, das tatsächlich zum Weinen war. Nein, die Lumpenjournalisten in Springers Diensten beschweren sich über einige politische Worte in den Fernsehreportagen aus Buenos Aires.

Die „Welt" empörte sich, daß da von „Terror und Verhaftungen" die Rede war, „während bunte Luftballons über dem Stadion schwebten". Das hätte die ganze Feier kaputtgemacht. So schreit diese Lumpenpresse auf, wenn auch nur die geringsten Hinweise auf die wirklichen Verhältnisse in Argentinien gegeben werden. Auf die Herren in den Zentralen der Rundfunkanstalten hat dieses Gezeter offenbar Eindruck gemacht. Wie berichtet wird, haben die ARD-Ressortchefs auf einer Schaltkonferenz am Freitag morgen ihre „Betroffenheit" über die kritischen Anmerkungen aus Argentinien ausgedrückt.



Jetzt sind sie doch dabei: die Killer von der GSG 9. Nachdem es einigen Hickhack zwischen Bonn und den argentinischen Faschisten gegeben hatte, bekam der Spezialtrupp des Grenzschutzes doch die Einreisegenehmigung für Argentinien, unbewaffnet — wie es offiziell hieß. Inzwischen ist jedoch durchgesickert, daß diese Leute sehr wohl — wie sie es gewohnt sind — ihre Waffen tragen und den Finger am Abzug haben. Wie weiter bekannt wurde, sollen unter ihnen auch einige der „Helden von Mogadischu" sein, die im letzten Jahr ohne Rücksicht auf das Leben der Passagiere den Lufthansa-Jet „Landshut" stürmten und das Feuer eröffneten. Es wird sogar davon geredet, daß der Einsatz in Argentinien eine Belohnung für dieses Kommando-Unternehmen ist. Sicher werden sich diese Leute in der Umgebung ihrer argentinischen Kollegen von den Mordkommandos der faschistischen Generäle wohl fühlen. Eine Provokation aller Mitglieder des Deutschen Fußballbundes ist es, daß diese Typen bei ihrer Arbeit im offiziellen DFB-Dress auftreten.

Polizeiübung im Erftkreis bei Köln

Ein altes Bergarbeiterhaus wird gestürmt

Dienstag, 23. Mai 1978 in einer alten Bergarbeitersiedlung im Erftkreis. Bärtige, salopp gekleidete junge Männer schlendern in der Abenddämmerung durch die Straßen. Vor allem durch die Hauerstraße, am leerstehenden Haus Nr. 28 vorbei.

Diese Männer sind Polizisten, Mitglieder des Sonder-Einsatz-Kommandos von Nordrhein-Westfalen! Ihre Aufgabe ist es, im Rahmen einer Polizeiübung die Umgebung des Hauses Nr. 28 zu beobachten und einen nächtlichen Sturm auf dieses Haus vorzubereiten! Gestürmt wird dann gegen drei Uhr nachts — mit einer Truppe, die vorher in einem Heim des Deutschen Roten Kreuzes (!) stationiert war!

Angeblich — so auch im „Kölner Stadtanzeiger" zu lesen — wurde dieses Manöver durchgeführt, um eine Geisel zu befreien, die sich im Haus Hauerstraße Nr. 28 in der Gewalt von zwei „Terroristen" befand. Aber kaum jemand dürfte der Polizei diese Erklärung abnehmen. Geiselnehmer ausgerechnet in einer alten Bergarbeitersiedlung, in der jeder jeden kennt? Das ist genausowenig glaubwürdig wie die Erklärungen der Polizei für die Polizeikontrollen mit der MP im Anschlag, die zur Zeit der Schleyer-Fahndung vor verschiedenen Betrieben — etwa bei VW in Hannover — stattfanden. Auch hier wurde der Polizeiterror mit der Suche nach „Terroristen" begründet. Als ob überall steckbrieflich gesuchte Personen gemütlich mit der Aktentasche unter dem Arm durch die Betriebstore schlendern würden!

Nein! Was bei VW und was in der Bergarbeitersiedlung im Erftkreis geprobt wurde, das ist der bürgerkriegsmäßige Terror gegen die Werktätigen, gegen die Arbeiterklasse. Betrieben von einer Polizeitruppe, die extra zu diesem Zweck in den letzten Jahren überall in den Bundesländern entstand und entsprechend ausgebildet wird (siehe auch RM Nr. 22).



Übung ...

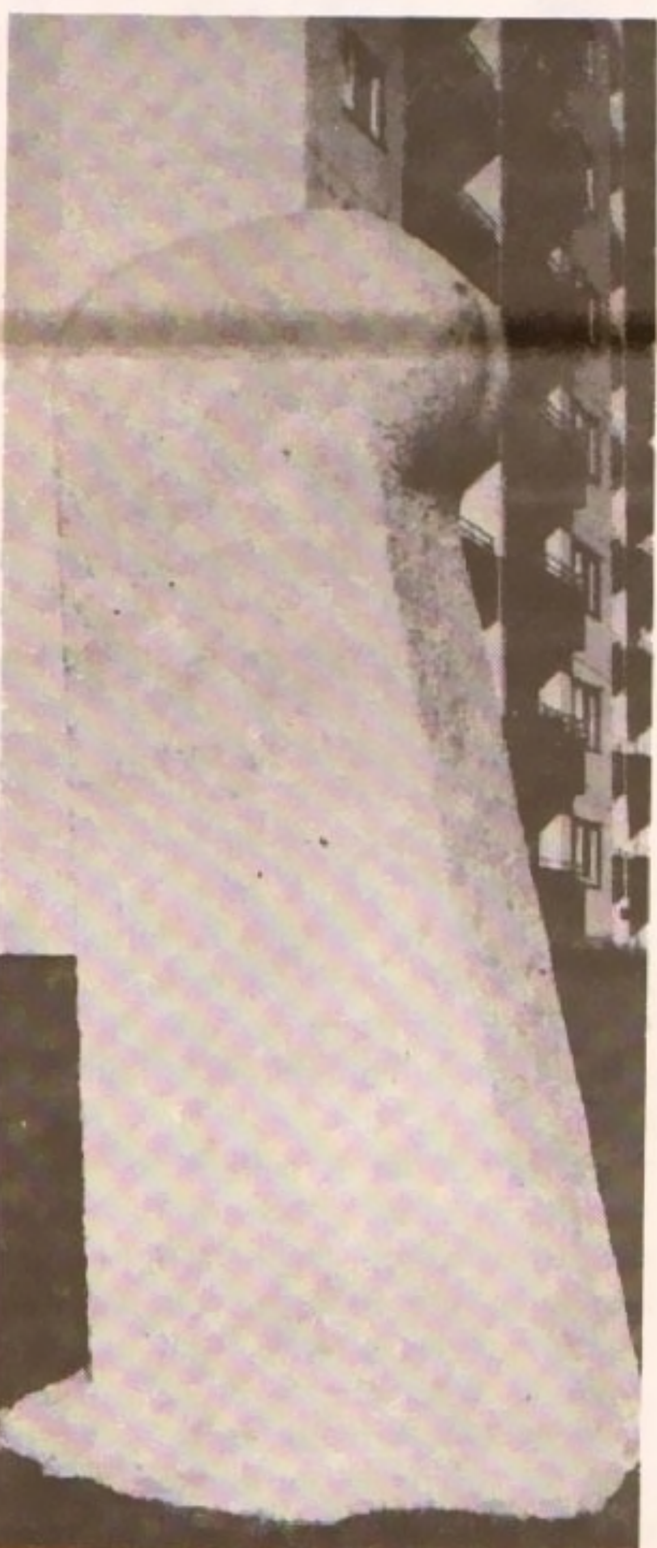
Übung im Erftkreis: Anscheinend zwei harmlose Passanten — in Wirklichkeit Beamte des Sonder-Einsatz-Kommandos.



... und Ernstfall

Ernst in einer Duisburger Bergarbeitersiedlung: Polizei im Einsatz gegen die Bewohner der Siedlung, die den Abriß eines weiteren Hauses verhindern wollen.

„Kunst" in Kiel:



Wer in Kiel mit der Linie 4 nach Dietrichsdorf fährt, kann seit einiger Zeit neben Docks, Kränen und Wohnhäusern auch eine neue „Kulturerrungenschaft" der Stadt Kiel bestaunen. Einen weißen Stein vor einem Hochhaus, unten glatt, oben sanft geschwungen. Kostenpunkt: 60.000 DM.

Das Urwort an der Werftstraße

Bei so hohen Kosten kann die Stadt Kiel es natürlich nicht zulassen, daß die Werktätigen diesen weißen Stein nur für einen weißen Stein halten. Deshalb haben es die „Kieler Nachrichten" übernommen, den Bürgern den „inneren" (unsichtbaren) Wert dieses Kunstwerks zu erläutern. Laut „Kieler Nachrichten" ging es nämlich dem Künstler, der sein Werk „Buddha — Materialisation des Wortes" taufte, um die „Suche nach dem Urwort". **Ob der Künstler das „Urwort" gefunden hat, können wir unseren Lesern leider nicht mitteilen. Eines hat er bei seiner Suche jedenfalls zur Genüge gefunden: Geld (übrigens *unser* Steuergeld!).**

Übrigens wurde Kiel im Jahre 1977 bereits um eine ähnliche „Attraktion" reicher. Um das 100.000-DM-Werk „Schiffahrt 77" nämlich. Überreicht wurde dieses „Kunst"-werk den Kielern vom schwedischen Reeder Ohlsson, anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Städtefreundschaft Kiel-Göteborg. „Schiffahrt 77" besteht aus einigen verrosteten, früher zu einem verschrotteten schwedischen Dampfer gehörenden Eisenplatten, die von der Göteborger Werft nach Kiel transportiert und hier zusammengeschweißt wurden. **Offenbar hatte die Stadt Kiel hier die nötige „Öffentlichkeitsarbeit" unterlassen, denn wie die „Kieler Nachrichten" am 7. 7. 77 meldeten, wurde das „Kunst"werk von so vielen Kielern zweckentfremdet, daß sich schließlich einer entschloß, das Ding umzubenennen. Er hängte ein Schild mit der Aufschrift „Herrentoilette" daran.**

Zu alldem verteilte die Partei in Kiel ein Flugblatt mit der treffenden Überschrift: **Kunst für die Müllkippe...**

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** (Hamborn), Buchladen „Roter Morgen", Alleestr. 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Fr 16.00-18.30 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf). Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124 geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Di, Do, Fr, 16.30-18.30

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.